

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 55 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 22. Juni 1908

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Jettin (Zunbelt), Wilhelmshöhe, Post Begeck bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

### Inhaltsverzeichnis.

Zum sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Von Luise Zitz. — Ein Schritt vorwärts. — Schulpeinung. IV. Von Luise Kantsch. — Eine Organisation für die weibliche Jugend. Von Enny Stod. — Parias in der Textilindustrie. Von H. Jädel. — Die dänischen Frauen wählen. Von Andrea Brochmann. — Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Von Martha Hoppe. (Schluß.) — Zur Dienstbotenfrage. Von Uhl.

Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Dorothee Scharfshuf-Cracau † — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der vierte Verbandstag der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen in Buch- und Steindruckereien. Kontingenz: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Landarbeiterfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Dänitung. Heilletteon: Der Auszug. Von Emilie Verhaeren. Deutsch von Ludwig Scharf. (Gedicht.) — Der bunte Vogel. Von Otto Erich Hartleben.

## Zum sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

In erster Zeit, zu erster Arbeit tritt am 22. Juni in Hamburg, der alten Hochburg der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftskongress zusammen. In erster Zeit, denn auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet sind Kräfte wirksam, die geeignet sind, den glänzenden Aufstieg der Gewerkschaften zu hemmen und sie in ihrer Tätigkeit zu schädigen. Lastet doch auf unserem Wirtschaftsleben die Krise und der unerhörteste Lebensmittelpreisanstieg, stehen wir doch politisch im Zeichen des Blocks und damit im Zeichen der schmerzhaftesten Reaktion. Siehe Reichsvereinsgesetz! Gewiß wirkt die Krise mit ihren schlimmen Begleit- und Folgeerscheinungen aufrüttelnd auf die Massen der Indifferenten, und am Ende werden die Gewerkschaften den Vorteil davon einheimen. Die Krise lehrt ja die proletarischen Massen zum so und so vielen Male, daß es für sie keine Sicherheit der Existenz gibt innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Daraus folgt, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit der Existenz zum Kampfe wider den Kapitalismus selbst werden muß; daraus ergibt sich aber auch, daß der sich einen Rückhalt in seiner Gewerkschaft schaffen muß, wer sich in der Gegenwart gegen Arbeitslosigkeit und Lohnrückgang schützen will. Vorläufig aber haben die Gewerkschaften mit der Tatsache zu rechnen, daß Tausende infolge der Krise aufs Pflaster geworfen werden, und daß es ihnen deshalb schwer fällt, ihren gewerkschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Die Werbekraft der Gewerkschaften läßt mithin just in der Zeit nach, wo erhöhte Anforderungen an ihre Leistungen gestellt werden, weil sie ihre erwerbslosen Mitglieder über Wasser halten müssen, gleichzeitig aber auch den Kampf gegen die raffgierigen Unternehmer zu führen haben, die die Überfüllung des Arbeitsmarktes zu weitgehendem Lohnrückgang nur allzu gern nützen möchten. Die schwierige wirtschaftliche Situation wird für die Gewerkschaften durch das Reichsvereinsgesetz noch verschärft. Ein legitimes Kind des kapitalistischen Klassenstaats, soll es durch seinen Jugendlichen- und Sprachenparagrafen der Arbeiterbewegung einen gehörigen Schlag verfehlen.

Zwei Punkte der Tagesordnung des Kongresses sind im Hinblick auf den letzteren Umstand besonders bedeutungsvoll: die Agitation unter den fremdsprachigen Arbeiterinnen und die Organisation der Jugendlichen.

Mit Recht hatte der Internationale Kongress in Stuttgart in der Frage der Emigration beschlossen, für die eingewanderten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht Einwanderungsverbote, sondern Ausweisungsverbote zu heischen. Nicht minderen Rechts sollen diese Armen sein, die von der Not getrieben ihr Vaterland verlassen, um irgendwo eine Existenz, oft eine höchst elende Existenz zu suchen, vielmehr soll ihnen das gleiche Recht wie den Einheimischen werden in bezug auf die Organisations- und Kampfmöglichkeit, in bezug auf den Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz. Dieser Beschluß war sowohl ein stilles Gebot gegenüber den hilflosen, ausgebeuteten Fremden, als auch eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit im Interesse des gesamten inter-

nationalen Proletariats. Denn nur auf der Basis der Gleichberechtigung, welche der Beschluß fordert, ist es möglich, die Eingewanderten mit unserer Agitations- und Organisationsarbeit zu erfassen, um aus den bedauernswerten, unwissenden, kulturarmen Lohnrückern und Streikbrechern zielfähige Klassenkämpfer zu machen.

Der Sprachenparagraf des Reichsvereinsgesetzes wird einer solchen Agitation äußerst hemmend entgegenwirken. Der Kongress hat daher zu beraten und zu beschließen, wie diesem Schlag der Reaktion am besten zu begegnen ist. Die Metallarbeiter haben schon beantragt, daß eine polnische Zeitung zur Agitation unter den Polen geschaffen werde. Neben mancherlei anderen Maßnahmen scheint uns ein festeres Zusammenfassen und Verknüpfen der internationalen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften von außerordentlichem Wert. Es wird zur Folge haben, daß an den Grenzstationen im Mutterland unter den Auswandernden eine intensivere Agitation entfaltet wird, um durch sie wett zu machen, daß uns das aufklärende und organisierende Wirken unter den Eingewanderten erschwert wird.

Jeder Freund der proletarischen Jugend hat es gewiß mit hoher Freude erfüllt, daß noch vor dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die „Junge Garde“ gemeinsam mit Partei und Gewerkschaften die Richtlinien gezogen hat für die Maßnahmen, welche der Abwehr des reaktionären Schlags dienen sollen, den der Sprachenparagraf der sozialistischen Jugendbewegung versetzen will. Da es sich bei den entsprechenden Einrichtungen beider Körperschaften um eine gedeihliche Arbeitsstellung handelt, so werden die Debatten über die Jugendorganisation nicht prinzipieller, sondern lediglich tatsächlicher Natur sein. Die reichen Erfahrungen der langjährigen Organisationsarbeit werden dabei sicherlich nutzbar gemacht werden. Die Frage der Jugendberziehung und Jugendorganisation ist eine solche, die das besondere Interesse der proletarischen Frauen in Anspruch nimmt. Ja mehr noch. Sie ist eine Frage, die ohne die tätige Mitarbeit der proletarischen Frauen kaum zu lösen wäre. Das im einzelnen darzulegen ist heute nicht Raum und Gelegenheit. Nur möchten wir betonen, daß es unter dem Reichsvereinsgesetz doppelte Ehrenpflicht unserer Genossinnen ist, Erzieherinnen von Rekruten für den Klassenkampf, von Klassenkämpfern zu sein. Sie müssen die heranwachsende Jugend zum Sozialismus erziehen und so auf das wirksamste die organisatorischen Einrichtungen unterstützen, welche von Partei und Gewerkschaften für die Jugend geschaffen werden.

Alle übrigen Fragen, die der Kongress behandeln wird, nehmen natürlich gleichfalls das Interesse der proletarischen Frauen und Mädchen in Anspruch, sind es doch sämtlich Fragen, die dem Klasseninteresse des Proletariats entspringen. Wenn wir trotzdem einige von ihnen besonders hervorheben, so geschieht es deswegen, weil bei ihrer Behandlung neben dem allgemeinen, proletarischen Klasseninteresse auch noch im besonderen das Interesse des weiblichen Proletariats in den Vordergrund tritt. Dies trifft auf die Punkte zu: Agitation unter den Arbeiterinnen, Agitation unter den Dienstboten und Heimarbeiterinnen.

Heimarbeiterelend ist in erster Linie Arbeiterinnenelend. Und vor allem zu Nutz und Frommen der heimarbeitenden Frauen und Kinder ist ein durchgreifender gesetzlicher Schutz vorzuziehen. Einen solchen immer wieder von neuem laut und eindringlich zu fordern, gebieten uns in der Gegenwart vor allem zwei Umstände: Sachkundige sind sich darüber durchaus einig, daß die Frankfurter Heimarbeiterausstellung ein vollständiges Fiasko bedeutet. Sie ist keineswegs geeignet, das Heimarbeiterelend zu illustrieren und dadurch die Befreiung der sozialpolitischen Maßnahmen anzuspornen, sie ist vielmehr darauf angelegt, die wirklichen Verhältnisse zu verdunkeln und die Heimarbeiter zu verherrlichen. Es ist ferner bekannt, daß die dem Reichstag als „sozialpolitisches Weihnachtsgeschenk“ zugegangene Gewerbeordnungsnovelle eine elende Heimarbeiterelendscheuerei enthält. Nur einiges sei davon erwähnt. Keineswegs allen Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen sollen die vorgesehene „Schutzbestimmungen“

zugute kommen, und es ist in das Belieben des Bundesrats beziehungsweise der Ortspolizeibehörde gestellt, ob die betreffenden Vorschriften erlassen werden oder nicht! Gerade in der Frage des Heimarbeiterschutzes wird sich, wie schon so oft, die Wahrheit der Ansicht zeigen, daß allein die wachsende Macht der Arbeiterbewegung imstande ist, nennenswerte Reformen zu erzwingen. Just ihr gegenüber haben die bürgerlichen Sozialreformer wieder einmal ihre völlige Impotenz bewiesen, die allerdings in der Ara der Blockpolitik am wenigsten verwunderlich ist.

Ersteuliche Fortschritte hat in den letzten Jahren die Organisierung der weiblichen Arbeiter gemacht. Sämtliche in Betracht kommenden Gewerkschaften wenden der Agitation unter den Arbeiterinnen erhöhte Aufmerksamkeit zu, und der Erfolg ist der beste Lohn für die Opfer an Mühen und Mitteln, die diese Agitation heischt. Der Textilarbeiterverband steht mit circa 50000 organisierten Arbeiterinnen an der Spitze der Gewerkschaften, die weibliche Mitglieder haben. Die Erfolge, die in punkto Arbeiterinnenorganisation erungen sind, werden sicher zu weiterer rühriger Agitation anspornen, das aber um so mehr, als die sozialistische, grundsätzliche Bewertung der Frauenerwerbsarbeit in immer größere Kreise dringt. Die Heranziehung der Frauen zur Mitarbeit bei allen Agitations- und Verwaltungsarbeiten der Gewerkschaften wird zur Folge haben, daß auch die weiblichen Mitglieder fester mit ihren Organisationen ver wachsen und zuverlässige Kampftruppen bilden zu ihrem und ihrer gesamten Berufsgruppen Nutzen.

Für außerordentlich wichtig, nicht nur für die Dienstboten, sondern für die gesamte Arbeiterbewegung, halten wir die Erörterung der Agitation unter den Dienstboten. Diese Frage ist deshalb für die ganze Arbeiterbewegung von eminenter Bedeutung, weil aus unseren Dienstmädchen Arbeiterfrauen werden, die zum wirtschaftlichen Kampf ihrer Klasse sich ganz anders verhalten, wenn sie bereits vor ihrer Verheiratung den Organisationsgedanken erfaßt und betätigt haben, als wenn sie, in einem uns feindlichen Milieu lebend, nichts erfahren von Solidarität und Klasseninteresse und mit einem ganzen Saß von Vorurteilen als Feindinnen unserer Bestrebungen zu uns kommen. Bedauerlich ist, daß nach den geltenden Bestimmungen für die Beschäftigung der Kongresse außer der Referentin, Genossin Grünberg, der verdienten Organisatorin und Leiterin des Nürnbergener Dienstbotenvereins, keine eigentlichen Delegierten der organisierten Dienstboten an den Verhandlungen und Beschlüssen teilnehmen können. Wir sind zwar überzeugt, daß entsprechend der bisherigen Gepflogenheit den anwesenden Vertretern der Dienstbotenvereine das Wort gestattet werden wird. Andersfalls würde ja das Novum eintreten, daß der Kongress über die organisierten Dienstboten verhandelte, daß diese jedoch selbst mundtot gemacht wären. Aber trotz alledem haben doch die Stimmen einiger Gäste nimmermehr das Gewicht der Stimmen von Delegierten, davon zu schweigen, daß den Gästen das Recht der Beschlussfassung fehlt.

Wären Vertreter der Dienstmädchen als Delegierte zu dem Kongress zugelassen, so würden diese auch sicher wertvolle Beiträge zur Frage der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung und ihrem Gegenstück geben können, der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, wie sie verschiedene Dienstbotenvereine mit gutem Erfolg eingerichtet haben. Wir bedauern ferner, daß an letzter Stelle der Tagesordnung die ungemein wichtige Frage steht: „Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.“ Wir bedauern das um so mehr, da der Referent darüber, Genosse Mollenhuth, ein vorzüglicher Kenner der Materie ist. Hinzu kommt, daß nicht nur auf dem Gebiete des Arbeiter- und Arbeiterinnenschutzes, sondern auch vor allem auf dem der Versicherungsgesetzgebung noch immer unendlich wichtige Reformen ihrer Erledigung harren. Ferner sei an eine Tatsache erinnert. In der Zeit, wo die Arbeiterklasse immer lauter und nachdrücklicher nach einer Vereinheitlichung und nach einem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherung — dazu gehört auch die staatliche

### Ein Schritt vorwärts.

Versicherung der Privatangestellten — sowie nach Sicherung und Erweiterung der Selbstverwaltung rufen, ist die Reaktion emsig am Werke, die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu zertrümmern. In der Folge gilt es für die organisierten Arbeiter, nicht nur um neu zu Eroberndes zu kämpfen, sondern vor allem auch um Erhaltung des Bestehenden. Der Hieb und das Vorwärtsdrängen werden sich allerdings wiederum auch dabei als die beste Verteidigung erweisen.

Daß der Kampf der Gewerkschaften für die Beseitigung des Koft- und Logiswesens zur Behandlung steht, legt erfreuliches Zeugnis ab von dem steigenden Persönlichkeitsbewußtsein der Organisierten, von ihrem Freiheitsdrang und ihren wachsenden Kulturbedürfnissen. Im Koft- und Logiswesen haben wir mittelalterliche Rudimente vor uns, und ihre Beseitigung wird außerordentlich zur intellektuellen Hebung der betreffenden Arbeiterkreise und damit zur Stärkung ihrer Organisationen beitragen.

Handelt es sich bei den von uns hervorgehobenen Fragen um die Proletarier als Produzenten, so wird bei der Erörterung des Punktes 6: „Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel,“ ihr Einfluß und ihre Macht als Konsumenten voll gewürdigt werden. Die Waffe des Boykotts wird natürlich um so schärfer und schneidender sein, je größer die Macht der Organisationen, je stärker und tiefer die Zielliebe und Überzeugungstreue der Organisierten ist. Wenn irgendwo, so sind bei der Anwendung des Boykotts die Gewerkschaften auf das Verständnis und die Unterstützung der Frauen angewiesen. Und zwar nicht auf die tätige Mitarbeit der gewerblich tätigen Frauen allein, sondern in höherem Maße auch auf die Hilfe der Hausfrauen. Wir erinnern nur an die in verschiedenen Orten durchgeführten Boykotts gegen die Bäder, Warenhäuser usw. Der Boykott läßt wiederum scharf hervortreten, daß es im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung liegt, besonders aber in dem der Gewerkschaften, daß sämtliche proletarischen Frauen für die Idee der Solidarität gewonnen werden und nicht nur die Arbeiterinnen. Als Gattinnen werden die aufgellärten, klassenbewußten Proletarierinnen einflussvolle Freundinnen, Förderinnen des kämpfenden Proletariats sein, als Mütter werden sie dafür sorgen, daß ihre Kinder, sobald sie erwachsen sind, in seine Reihen treten; als Hausfrauen werden sie es beim Boykott unterstützen. Sind die Gewerkschaften erst der Hausfrauen sicher, so wird sich bei genügender Berücksichtigung der gegebenen Situation der Boykott als scharfe Waffe im gewerkschaftlichen Kampfe erweisen. — Es versteht sich am Rande, daß die proletarischen Frauen, als Erwerbstätige wie als Arbeiterhausfrauen, der segensreichen Tätigkeit unserer Arbeitersekretariate, welche ebenfalls den Kongress beschäftigen wird, das lebendigste Interesse entgegenbringen. Das Arbeitersekretariat hat sich oft genug als ihr letzter Rettungsanker in Notlagen erwiesen, in denen sie schon alle Hoffnung aufgegeben hatten.

Es sind vieltausend Fäden, die das Interesse der Proletarierinnen als Erwerbstätige, als Hausfrauen, Gattinnen und Mütter mit den Fragen verknüpfen, die auf der Tagesordnung des diesjährigen Gewerkschaftskongresses stehen. Es gibt eben keine Frage für das Proletariat, die nicht auch seinen weiblichen Teil berühren würde, genau so wie es keine Frage der Politik gibt, die nicht auch die Gewerkschaften interessierte und vice versa. Diese Tatsache, die neulich ihre Bestätigung durch das Reichsvereinsgesetz erhalten hat, wird durch den Entwicklungsgang der freien Gewerkschaften erhärtet. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist in ihrem Werden, Blühen und Gedeihen aufs innigste mit der sozialdemokratischen Partei verbunden gewesen und noch verbunden. Das stolze Bekenntnis: Sozialdemokratie und Gewerkschaft sind eins! ist der Schlüssel zum Verständnis der glänzenden Entwicklung unserer freien Gewerkschaften. Daß sie durchglüht sind vom sozialistischen Geiste, daß ihre Maßnahmen und Entschlüsse diktiert werden von der sozialistischen Auffassung, der wirtschaftlichen, der gesellschaftlichen Verhältnisse, daß sie in der Folge im allgemeinen sich frei hielten von zünftlerischer Engherzigkeit, und über der Erriugung von Augenblickserfolgen unser großes Ziel nicht aus den Augen verloren: diesem Tatbestand ist es in erster Linie zu danken, daß sie an Ansehen und Werbetaft fortgesetzt zugenommen haben, daß deshalb ihre Stärke, ihre Aktionsfähigkeit und Stoßkraft erfreulich gewachsen ist.

Die proletarischen Frauen sind der frohen Zuversicht, daß die Beratungen des diesjährigen Gewerkschaftskongresses gleichfalls vom sozialistischen Geiste getragen werden, daß seine Entschlüsse beherrscht sind von der Erwägung, wie kann das Proletariat tüchtiger für seinen großen Emanzipationskampf werden. Sie wünschen ihm von Herzen den besten Erfolg zu seinen Arbeiten.

Luisse Biez.

Die Wahlmännerwahlen vom 18. Juni haben das Ergebnis der Urwählerwahlen besiegelt. Die Sozialdemokratie hat 8 Sitze zum preussischen Abgeordnetenhaus erobert, fünf in Berlin und einen in Linden-Hannover. Die Zahl der Wahlmänner, welche ihr die Urwähler brachten, waren außerdem in wichtigen Wahlkreisen groß genug, daß ihre Gegner in die Stichwahl gedrängt wurden. So im zwölften Berliner Wahlkreis, in Frankfurt-Land, Elberfeld, Altona, Wandersbeck und Kiel. In Berlin XII muß ihr Kandidat am 28. Juni nochmals mit dem Freisinn um das Mandat streichen. In Wahlkreisen der Provinz Brandenburg, Rheinlands und Westfalens usw. erzielte die Sozialdemokratie eine stattliche Ziffer der Wahlmänner. Der öffentlichen Stimmabgabe und der junterlichen Peitsche zum Trotz haben sich sogar ländliche Proletarier in Ostpreußen zur Sozialdemokratie bekannt. Noch fehlt infolge des komplizierten Wahlverfahrens ein genauer Überblick über die Gesamtzahl der gewählten sozialdemokratischen Wahlmänner und über das wichtigere Ergebnis: die Zahl der Urwähler, die sich um die einzige Partei des ehrlichen Wahlrechtskampfes geschart haben. Jedoch so viel steht heute schon fest, daß in der einen wie in der anderen Beziehung die Sozialdemokratie einen erheblichen Gewinn zu verzeichnen hat, insbesondere aber ist die Zahl der sozialdemokratischen Urwähler gewaltig angeschwollen. Sogar auf dem Kampffeld, das die Rücken und Tüden der Dreiklassenschmach so ungünstig als nur möglich für das klassenbewußte Proletariat gestaltet, ist die Sozialdemokratie zweifelsohne als die stärkste politische Partei in Preußen aufmarschiert.

Das Gros der sozialdemokratischen Wählerschaft entfällt naturgemäß auf die dritte Wählerklasse, in welche das Geldsachwahlrecht die Millionen Habenichtse wie hinter einem Gitter zusammenpfercht, das ihnen den Zugang zur politischen Macht wehren soll. In manchem Wahlkreis sind aber auch in der zweiten und sogar in der ersten Wählerklasse viele sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Es ist dies in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß dort Proletarier in diese bevorzugten Wählerklassen aufgestiegen sind. Die Drittelung der Wähler in Klassen nach der Steuerleistung der Urwählerbezirke hat dies verursacht im Verein mit der stärkeren Heranziehung der Arbeiter zur Einkommensteuer. Sie wirkt — allerdings nur innerhalb sehr enger Grenzen — der vollständigen Erdrückung der Wählermassen dritter Klasse durch die kleine Minderheit der beiden Kategorien „höherer Staatsbürger entgegen, die bei der Drittelung nach Wahlkreisen todsicher ist, und der daher die freisinnige Tante Wof als einem „Ausgleich“ zwischen proletarischen und bürgerlichen Wählern bitterlich nachschluchzt. Sicherlich rekrutieren sich jedoch die sozialdemokratischen Wähler zweiter und erster Klasse zum Teil auch aus bürgerlichen Elementen, die ohne Selbsttäuschung über den politischen Verfall ihrer Klasse und der sie vertretenden Parteien, ohne trügerische Hoffnungen auf eine Wiedergeburt des Liberalismus sich der Sozialdemokratie angeschlossen und die Brücke zur Welt der bürgerlichen Politik hinter sich abgebrochen haben. Angesichts des Bürgermuts, den die öffentliche Stimmabgabe erfordert, dürfen diese sozialdemokratischen Wähler nicht jenen bürgerlichen Wilsäusern zugerechnet werden, die als verzerrte Vierbankpolitiker gelegentlich einmal bei Reichstagswahlen „rot“ stimmen, um bald wieder in die Hände einer bürgerlichen Partei zurückzulehren. Für die sozialdemokratischen Wahlmänner haben in den proletarischen Vierteln der Großstädte und den Industriezentren gewiss auch manche Handwerksmeister und kleinen Geschäftsinhaber gestimmt, denen die Agitation der Genossen und Genossinnen unter Hinweis auf die Macht des Proletariats als Konsument das Gewissen geschärft hatte für die Erfüllung ihrer Pflicht als politisch gleichfalls Entrechtete.

Kein Zweifel, der solche Erfolg der Sozialdemokratie hat auch die kühnsten Erwartungen auf Sieg übertroffen. Seine Tragweite als gewaltiger Ausdruck des Massenprotestes gegen die Dreiklassenschmach springt in die Augen. Preußens wertvolles Volk fordert gleiches Wahlrecht, und zwar in seiner demokratischsten Gestalt, wie es von der Sozialdemokratie verfochten wurde und verfochten wird. Diese Tatsache rufen die Wahlen den Herrschenden von Geburts- und Geldsackgnaden in die Ohren. Der Sieg der Sozialdemokratie ist der Triumph nicht bloß der zielstrebigeren Erkenntnis, mit welcher die Partei den Wahlkampf als Wahlrechtskampf führte, sondern auch insbesondere der geradezu beispiellosen opferfreudigen Arbeit, welche die Genossen, und die Genossinnen mit ihnen, unter den schwierigsten Umständen geleistet haben. Seine Bedeutung ist um so größer, als er erungen wurde auf einem Kampffeld, das der Machtentfaltung der Massen im höchsten Grade hinderlich ist, in einem Feldzug, in dem alle bürgerlichen Parteien alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel — auch die schofelsten davon nicht ausgeschlossen — gegen die „Umstürzler“ aufgeboden haben, in einer Zeit der Krise endlich, die es dank der politischen Inquisition der öffentlichen Stimmabgabe den Unternehmern erleichtert, die mit dem Stimmzettel meuternden Lohnsklaven mittels der Hungerpeitsche zu strafen.

Es ist aber mehr und Wichtigeres noch als bloß die Kraftentfaltung einer politischen Partei, die sich in dem ruhreichen Vormarsch der Sozialdemokratie kundet. Es ist das vollstättige, blühende Leben einer Klasse, die von den unbewußt und bewußt wirkenden Kräften des geschichtlichen Wandens getragen sich auf dem aufsteigenden Ast ihrer Entwicklung befindet. Aus ihnen schöpfen die Massen der Armen, der Entrechteten alle jene erhabenen Bürgergünder, die ganze Fülle geistig-sittlicher Kräfte, die sie befeuern, der

Gefahren spottend, der Opfer nicht achtend, sich auch den mächtigsten Gegnern zum Kampfe zu stellen. In dem historischen Leben des Proletariats, dessen Kampf der „Menschheit Odem ist, die rastlos nach Befreiung lechzt“, hat die Sozialdemokratie die starken Wurzeln ihrer Kraft. Und daher bleibt sie unüberwindlich, daher drängt sie trotz gelegentlicher und unvermeidlicher Niederlagen unaufhaltsam auf allen Kampfgebieten vorwärts, solange die kapitalistische Ordnung besteht und sie selbst als politische Machtorganisation der beitzlosen Massen vom revolutionären Wesen des Proletariats Inhalt und Ziel empfängt. Die scharfe Beleuchtung dieser Tatsache durch den Wahlausfall dünt uns besonders wertvoll. Allerdings weniger darum, weil sie das Gefäß unserer Feinde von dem „Niedergang der Sozialdemokratie“ zum Verstummen bringt, als vielmehr weil sie jenen Kleinmut in den eigenen Reihen als unbegründet erweist, der bei jeder selbständigen Kampfesaktion von der Ohnmacht der isolierten Sozialdemokratie lähnt, und der sich mit einer höchst unrealpolitischen Illusionsfähigkeit über die Wiedergeburt des bürgerlichen Liberalismus paart.

Die letzten Traumbäume der Hoffnung auf diese Wiedergeburt zerrissen zu haben, gehört ebenfalls zu den Vorteilen, welche Wahlkampf und Wahlausfall dem Proletariat gebracht haben. Die Legende von dem möglichen Aufschwung des Liberalismus stirbt jedoch keineswegs an der Tatsache, daß es dem „entschiedenen“ Freisinn beider Richtungen nicht gelungen ist, den konservativen und liberalen Reichtum an Mandaten und Wählern zu mindern. Sie verendet nicht an dem Mangel an Siegen, sondern umgekehrt an den „Siegen“ selbst, dank deren dieser seinen Besitzstand im großen ganzen zusammengehalten hat. Die „unentwegten“ Liberalen haben ihre Mandate nicht in rücksichtslosen, ehrlichen Schlachten gegen die Parteien der offenen oder maskierten Wahlrechtsfeinde erobert, sie haben sie in perfid geführtem Kampfe gegen die einzige zuverlässige Partei des demokratischen Wahlrechts durch Schachern mit allen Wahlrechtsgegnern erhandelt. Sie schulden sie ihrem Fortschritt nach — rückwärts, einer Taktik die eine konsequente Weiterführung der Blockpolitik ist, und die daher die Spitze der freisinnigen Waffen gegen das Heer der proletarischen Wahlrechtskämpfer lehrte. Daß ihnen trotzdem der Stamm ihrer bürgerlichen Wählerschaft treu geblieben ist, bestätigt nur den Zusammenhang, der zwischen dem politischen Verkommen des freisinnigen Geschwifters und dem geschichtlichen Verfall der bürgerlichen Klassen selbst besteht. Wir haben bereits in letzter Nummer die Bedeutung dieser Erscheinung erörtert. Die Blockpolitik wird je länger je mehr zur dauernden Form der bürgerlichen Klassenpolitik. Der schwache Erfolg, mit welchem die „Demokratische Vereinigung“ trotz der Energie ihres Kampfes abgeschnitten hat, unterstreicht diese Lehre, deren Eindringlichkeit auch nicht durch die Niederlage des Freisinns in den fünf Berliner Wahlkreisen abgeschwächt wird. Diese empfindliche Schlappheit ist unseres Erachtens nicht dadurch heraufbeschworen worden, daß nennenswerte Teile der bürgerlichen Klassen sich in Etwa von der freisinnigen Bundesbrüderschaft mit den nationalen Liberalen und konservativen Wahlrechtschaffern abgewendet hätten. Wohl aber hat die rasch sich vollziehende Durchmauerung der „unentwegten“ zu feigenblattlosen Reaktionsären die Kampfesenergie des Proletariats zu höchster Kraftentfaltung angepöret, gleichzeitig aber auch noch nicht klassenbewußten Proletariern die Augen über die Biemerlinge geöffnet. So ist die Niederlage der Freisinnigen für die Sozialdemokratie doppelter und dreifacher Gewinn.

Siegestrophäen vor sich her tragend, gekräftigt und in geklärteter Situation lehrte die Partei des klassenbewußten Proletariats aus dem Wahlkampf zurück. Was verschlägt es, daß die bürgerlichen Parteien ihre Verblüffung und Furcht ob des siegreichen Vordringens der Wahlrechtskämpfer unter der Grimasse des Hohns über die geringe sozialdemokratische Beute an Mandaten verbergen, daß sie sich mit dem hochhaften Orinsen der Schadenfreude die Hände reiben, weil die wenigen Vertreter des klassenbewußten Proletariats im Hause der Geldsachherrschaft doch keine „positive“ Politik treiben könnten. Sie lenken damit die Aufmerksamkeit der Massen nur auf das schreiende Unrecht eines Wahlsystems, das die zahlreichste Bevölkerungsklasse und die größte Partei des Landes um die ihrer Stärke und Bedeutung angemessene parlamentarische Vertretung prellt. Sie schärfen den Entrechteten das Bewußtsein dafür, daß ihr Kampf in erster Linie auf die Schließung der junterlich-kapitalistischen Trugburg gerichtet bleiben muß, wenn sie zur politischen Macht emporsteigen wollen, die schöpferisch sein kann.

Was von bürgerlicher Seite als die Schwäche des sozialdemokratischen Wahlsieges verspottet wird, verbürgt gerade die Kraft des weiteren Wahlrechtskampfes, denn es wird ihm unaufhörlich neue Kampfestruppen und steigert die Empörung, den Jörn, die Energie und das Selbstvertrauen des proletarischen Heeres, welches die Feste des preussischen Geldsacks berennt. Nicht die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Landtag entscheidet die Bedeutung des proletarischen Sieges. Diese beruht vor allem darin, daß es der Partei der politisch Entrechteten überhaupt gelungen ist, die Tore des Dreiklassenparlamentes zu sprengen. Es ist das ein glänzender Beweis der Macht, welche die proletarischen Massen außerhalb dieses Geldsackparlamentes wie jedes Parlaments repräsentieren. Diese Macht zu stärken durch den zielbewußten Zusammenschluß der proletarischen Massen, die in manchen Industriezentren noch bürgerlichen Parteien nachlaufen — vor allem dem heuchlerischen Zentrum —, die in ländlichen Gegenden stumpfsinnig oder bereits grollend die Gefolgschaft der Junter stellen: das ist die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg des sozialdemokratischen Wahlrechtskampfes. Es wird gewiß politisch, geschichtlich in mehr als einer Hinsicht von außer-

ordentlich tiefgehender Tragweite sein, daß die Tätigkeit einer sozialdemokratischen Fraktion die Politik der herrschenden Klassen in Preußen aus der Dunkelkammer des Abgeordnetenhauses in das Licht der breitesten Öffentlichkeit rückt. Jedoch als folgenschwerste Wirkung davon muß sich die fortschreitende Aufrüttelung und Organisierung des Volkes der Arbeit nach Klassenkampf erweisen. So werden die Massen der Enterbten zu jener starken Macht zusammengeschnitten, welche den politischen Schutzwall der Klassenherrschaft des Besitzes bricht. Die Sammlung der Massen zur Macht und damit ihren Sieg in dem Wahlrechtskampf hat der Wahlausfall gefördert. Er ist ein Schritt vorwärts, der in dem Befreiungskampf des deutschen, des internationalen Proletariats zählt.

## Schulspeisung.

Von Luise Kautsky.

IV.

In Roubaix wurde, wie wir bereits bemerkten, infolge der sozialistischen Initiative im Gemeinderat die Schulkinder speisung eingeführt. 1892, kurz nach den für uns so glücklichen Kommunalwahlen, funktionierten die Schulküchen in der Stadt zum erstenmal. Die Ausgaben dafür beliefen sich auf 33 721 Fr. Unermüßlich waren unsere Genossen in Roubaix an dem weiteren Ausbau der segensreichen Institution tätig, und zehn Jahre nach ihrer Einführung hatten sie es erreicht, daß im städtischen Budget dafür schon die stattliche Summe von 158 394 Fr. ausgemeldet wurde. Da brachten die Municipalwahlen von 1902 den Sozialisten eine Niederlage; ein reaktionäres Stadtparlament begann seine Herrschaft, und das Budget von 1902 bis 1907 weist nur noch die Summe von 107 740 Fr. für Schulküchen auf. Denselben Rückgang zeigen die anderen beiden Posten, die zum Wohle der Ärmsten unter den Armen, der bedürftigen und kranken Kinder, von den Sozialisten in den Etat der Stadt Roubaix eingestellt worden waren. Für die Bekleidung bedürftiger Schulkinder hatten die sozialistischen Stadtväter in jährlich aufsteigender Linie bis zu 44 559 Fr. bewilligt. Seit 1908 bleibt dagegen die Summe von etwa 33 500 Fr. die höchste, die für diesen Zweck verausgabt worden ist. Ebenso ist von den reaktionären Gemeinderäten versucht worden, an den Kindern Ersparungen zu machen, denen vom Arzte ein Aufenthalt an der See verordnet wurde. Doch sind hier die Unterschiede in den Ziffern nicht so kraß wie bei den beiden anderen Einrichtungen. Unter dem sozialistischen Regime wurden 1898 612 Kinder, 1900 681, 1901 648 Kinder an die See geschickt. Seither ist nie mehr eine so hohe Ziffer erreicht worden. Die Reaktionäre hatten 1904 nur noch 482 Kinder für erholungsbedürftig gehalten; in den beiden nächstfolgenden Jahren stieg dann die Ziffer allerdings wieder bis 574, doch macht sich das Sparsystem der reaktionären Herren trotzdem überall bei der Fürsorge für die Kinder bemerkbar. Um so mehr muß man es beklagen, daß auch die letzten Gemeinderatswahlen unserer Partei in Frankreich zahlreiche schmerzhaft Niederlagen brachten. Es wiederholte sich derselbe Vorgang, den wir in Deutschland bei den letzten Reichstagswahlen beobachten mußten. Die durch die früheren Erfolge der Sozialisten auf die tiefste erschrockenen bürgerlichen Parteien schlossen sich zu einer festen Phalanx zusammen und setzten durch ihre vereinigte Macht dem weiteren sieghaften Vordringen unserer Genossen eine vorläufig noch unübersteigbare Mauer entgegen. Immerhin sind die einmal gewonnenen Positionen durch die lange Amtsdauer des früheren sozialistischen Gemeinderats so befestigt worden und die durch unsere Genossen neu geschaffenen kommunalen Einrichtungen haben sich als so segensreich und unentbehrlich erwiesen, daß sie wohl oder übel auch von den allerwiderbesten und rückständigsten Gegnern beibehalten und weitergeführt werden müssen.

Für Lyon liegen uns nur wenige Ziffern vor. Dort stehen die Schulküchen unter der unmittelbaren Aufsicht der Stadtverwaltung. 21 Gruppen versorgen die ganze industriereiche Stadt. Für zahlende Kinder ist der Preis einer Mahlzeit auf 15 Cts. festgesetzt. Die Armenverwaltung ist mit der Verabfolgung der Gratisbrotts an die armen Kinder betraut und steuert zusammen mit den Schulklassen etwa 20 000 Fr. jährlich bei; die Stadt Lyon subventioniert die Schulküchen mit 40 000 Fr. jährlich.

In Nizza, im Süden Frankreichs, fiel die Idee der Schulküchen deshalb auf fruchtbaren Boden, weil die arbeitende Bevölkerung infolge ihrer Hauptbeschäftigung, der Gartenkultur, so weit verstreut in der Umgegend wohnt, daß es den Kindern unmöglich ist, in der Mittagspause den Rückweg von der Schule nach Hause zu machen, das Mittagmahl einzunehmen und rechtzeitig wieder beim Nachmittagsunterricht zu sein. Es war daher eine alte Gepflogenheit, den Kindern ihr Mittagbrot in einem Körbchen mitzugeben. Das erwies sich auf die Dauer als höchst unhygienisch und unzureichend. Die Gemeinde entschloß sich daher zum Bau von Schulküchen. Die Mittel für die Einrichtung wurden auf dreierlei Art aufgebracht: durch Privatwohlthätigkeit, durch die Zahlungen der Eltern und durch die Zuwendung öffentlicher Gelder. Aber die Verwendung der Gelder geschieht ohne richtiges System, weil die ganze Institution noch nicht planmäßig ausgebaut worden ist. Die Köchin hat keine regelmäßigen Wirtschaftsgelder in der Hand. Es gibt Tage, wo der städtische Zuschuß im Verein mit der Zahlung der Kinder (10 Cts. gleich 8 Pf. für die Portion) die einzigen Wärmittel sind, die ihr zum Einkauf der zahlreichen wohlthätigen Spenden einlaufen, und wo sie daher Fleisch und sogar Kuchen und Naschereien kauft. Es liegt auf

der Hand, daß solche Zustände nicht andauern können. Eine Reform kann um so leichter herbeigeführt werden, als die Speisung in den Kleinkinderschulen Nizzas bereits ganz gut organisiert ist und auf städtische Kosten geschieht. Das einmalige warme Essen, das die Stadt den 2000 noch nicht sechs Jahre alten Kindern täglich durch elf Monate im Jahre bietet, erfordert einen jährlichen Kostenaufwand von 30 000 Fr. gleich 24 000 M.

Auch in Cannes befindet sich die Schulspeisung noch in ihren Anfängen. Dort ging der Anstoß zu der Einrichtung von den Lehrern aus, die die verheerenden Wirkungen des Hungers an ihrem Schülermaterial studieren konnten und daher um Abhilfe an die Gemeinde herantreten. Die Schulküchen von Cannes sind aus den allergeringsten Anfängen herausgewachsen. Die Oberlehrerin hat den Gemeinderat um Pfannen, Teller und Gaszuleitung, so daß sie die allzu ausgehungerten Kinder mit warmer Suppe stärken konnte. Bereitwillig wurde das gegeben, und für 30 Cts. wöchentlich bekam jedes Kind nun an fünf Tagen eine warme Gemüsesuppe. Zuerst beteiligten sich nur 50 Mädchen an der Mahlzeit. Bald begann man aber auch an den Knabenschulen mit dem gleichen Versuch, der jedoch auf allerhand große Schwierigkeiten stieß. Die Lehrer, die selbst zu Tisch nach Hause mußten, weigerten sich, die notwendige Aufsicht bei der Mahlzeit zu übernehmen. Es wurden daher — Gendarmen zur Aufsicht bestimmt, die bewaffnete Macht verteilte die Suppentöpfchen an die hungernden Kinder. Die Lehrer ruhten jedoch nicht in ihren Bemühungen, die einmal ins Leben getretene Schöpfung weiter auszubauen. Sie bildeten zu diesem Zweck eine eigene Vereinigung. Es würde hier zu weit führen, zu untersuchen, wie in vielen französischen Städten gerade die Aufhebung der geistlichen Schulen zum Entstehen moderner Schuleinrichtungen wie der Schulspeisung beigetragen hat. Immerhin wollen wir später mit einigen Worten darauf zu sprechen kommen. Auch in Cannes spielte der Kampf, den Klerikalismus und Staat um die Schule ausfechten, eine Rolle. Die Folge davon war, daß im Oktober 1906 der Gemeinderat die Lehrervereinigung davon verständigte, daß im kommenden Winter die Stadt in ihren kommunalen Schulen Schulküchen errichten würde.

Interessanter für die Leserinnen der „Gleichheit“ als die Verhältnisse in den beiden Luxusstädten Nizza und Cannes, sind die in Toulon, eine der größten Industriestädte Südk Frankreichs. Dort befinden sich die französischen Arsenale; Geschütze, Waffen und Munition werden fabriziert. Die Arbeiterschaft der Stadt ist sehr hoch entwickelt, sie forderte von der Gemeindeverwaltung die Errichtung von Schulküchen als ihr gutes Recht, nicht als Wohlthat. Der größte Teil der Toulonner Schulküchen bezahlt seine Mahlzeit mit 15 Cts., und der Stadt erwachsen außer den Verwaltungsgebühren fast keine Unkosten aus der Institution. Ja, der „Lancet“-Berichterstatter behauptet, daß die Zahl der unbemittelten Schüler auf Kosten der zahlenden mitgespeist, und zwar gut gespeist werden könne. Die Anfänge ließen sich also ganz gut an. Immerhin wird die Stadtverwaltung sich der Einrichtung bald mehr annehmen müssen als bisher, und das aus den folgenden Gründen: Die schon erwähnte Abschaffung der geistlichen Schulen ändert die jetzigen Schulverhältnisse gewaltig. In die kommunalen Schulen ergießt sich eine Flut der ärmsten Kinder, die früher die klerikalen Schulen Frankreichs bevölkerten. Diese Kinder wurden seither durch die Wohltätigkeitsanstalten der Nonnen, Priester und Mönche gespeist, wobei es nicht immer allzu gerecht zugeht und vom häufigen Besuch der Messe durch Eltern und Kinder gar manche Bevorzugung abhing. Das alles hört nun auf, und auf die Gemeinde fällt die Pflicht zurück, die Hungerigen zu speisen, die bis jetzt ihre Seele verkaufen mußten, um ihres Leibes Notdurft zu stillen. Es spielt sich jetzt in Frankreich ein ähnlicher Prozeß ab — wenn auch in kleinerem Maßstab — wie in England zur Zeit der Reformation. Damals zwangen die Verhältnisse die Königin Elisabeth dazu, das Armengesetz zu erlassen (1601), das den Armen durch den Staat dieselbe Hilfe garantierte, die sie seither von den religiösen Orden erhalten hatten, die durch die Reformation unterdrückt wurden. In Frankreich drängt sich jetzt den Gemeindeverwaltungen die Notwendigkeit auf, die Schulspeisung auf die Kommune in den Orten zu übernehmen, wo sie bereits existiert, besonders dann aber, wenn sie in den klerikalen Schulen eingeführt war, und die Neuerung in den Gemeinden einzuführen, wo sie noch nicht besteht. In Toulon braucht nichts weiter zu geschehen, als daß die Leitung zentralisiert und daß für Einheitlichkeit in allen Bezirken gesorgt wird. Die Stadt wird sich voraussichtlich in kurzer Zeit einer gut organisierten Schulspeisung rühmen können.

In Marseille sind die ersten Schulküchen 1893 unter dem Regime des Bürgermeisters Dr. Fraissières entstanden. Als Arzt und Hygieniker war dieser bestrebt, einer Reform der Ernährung der Schulkünder Eingang zu verschaffen. In einigen Schulen — etwa drei oder vier — hatte eine ganz unregelmäßige Art der Speisung gegen Bezahlung bestanden. Nun wurde bestimmt, daß überall, wo ein Bedürfnis der arbeitenden Bevölkerung sich geltend machte, städtische Kantinen errichtet würden und die Gemeinde alles dazu Notwendige zu liefern habe. Als dankenswerte Neuerung wurde die Einführung begrüßt, daß von den Kindern mitgebrachtes Essen von der „Cantiniere“ (Schulküchen) unentgeltlich gewärmt werden müsse. Die zahlenden Schüler, deren Eltern einfach auf dem ihnen am nächsten liegenden Polizeiamt einen Bon lösen, liefern diesen zu Beginn des Unterrichts an den Lehrer ab. Sind hungrige Kinder da, die keinen Bon haben, so darf der Lehrer ihre Speisung vorläufig veranlassen. Es werden dann gewissenhafte Erhebungen angestellt, ob eine Notlage vorhanden ist, und die

Eltern müssen sich in diesem Fall an die städtischen Behörden wenden, die ihnen im Gewährungsfall Schecks verabsolgt. Man bemüht sich auch hier wie in Paris, der unentgeltlichen Speisung das Odium des Almofens zu nehmen, indem man ganz gleichartige Anweisungen für zahlende und nichtzahlende Kostgänger der Kantinen ausgibt. Eine merkwürdige Erscheinung für unsere deutschen der Abstinenz zustrebenden Begriffe ist das Weintrinken der Kinder in Marseille. Der „Lancet“-Berichterstatter vermerkt, daß die Kinder eine Mischung von etwa zwei Zehntel Wein auf ein Liter Wasser trinken. Die Feststellung erregt unsere Verwunderung, daß viele der ärmsten Kinder, die ihre Suppe nicht bezahlen können, den Centime aufbringen, den dieses Quantum Wein erfordert.

Auch in Marseille hat der Berichterstatter des „Lancet“ dieselbe schmachhafte Zubereitung der Gerichte gefunden wie in Paris. Er behauptet allen Ernstes, daß er auf dem Salondampfer, der ihn von Gibraltar nach Marseille führte, keine so delikate Sauce bekommen habe, wie sie die Stadt Marseille ihren armen Kindern vorsehe. Unseres Erachtens hat er nicht unrecht, wenn er im Anschluß an seine Beobachtung seinen Landsleuten zur Mahnung sagt: „Verfeinerte Kochkunst ist nicht bloß eine Frage des Geldes, sondern auch des guten Geschmacks, der Geschicklichkeit und der Sorgsamkeit.“ Auch wir Deutsche können von unseren französischen Nachbarn in dieser Hinsicht noch viel lernen. Für sie ist die Kochkunst wirklich eine Kunst, die mit den geringsten Mitteln Triumphe feiert und es versteht, das einfachste Gericht schmackhaft und appetitlich zu machen. Mit dieser kleinen Abschweifung schließen wir für dieses Mal und verabschieden uns zugleich von Frankreich, da uns über die Schulspeisung in den übrigen Städten nähere Daten nicht vorliegen. In einem abschließenden Artikel wollen wir noch kurz zeigen, in welchem Stadium der Entwicklung sich nach dem uns vorliegenden Material die Schulspeisung in Belgien, Dänemark, Holland, England usw. augenblicklich befindet.

## Eine Organisation für die weibliche Jugend.

Die Frage der Jugendorganisation ist schon vielfach in den Versammlungen des Berliner Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse erörtert worden. Immer wieder hörten wir von unseren Mitgliedern, daß für die jungen proletarischen Mädchen so gut wie nichts getan würde, und daß der dringendste Wunsch bestehe, auch für die weibliche Jugend eine Stätte der Belehrung und Erholung zu schaffen. Unser Arbeiterinnenverein, dessen Aufgabe es in erster Linie ja ist, Rücksicht auf die weibliche Eigenart zu nehmen, konnte bei einer Jugendorganisation naturgemäß sein Augenmerk nur auf die Erziehung der weiblichen Jugend lenken und unternahm den Versuch zur Gründung einer entsprechenden Jugendabteilung. Die Anschauungen über die gemeinsame Organisation der Geschlechter gehen ziemlich weit auseinander. So zweifellos es wohl ist, daß man als Ideal eine gemeinsame Erziehung fordern muß, so läßt sich augenblicklich diese Forderung noch schwer durchführen. Wir können unseren Einfluß erst auf die schulentlassene Jugend ausüben, die in getrennter Weise und durchaus nicht in unserem Sinne erzogen worden ist. Diese Jugend nun plötzlich zusammenzubringen, ist eine Aufgabe, deren erfolgreiche Lösung lange Erfahrung und große pädagogische Einsicht erfordert. So hat man auch schon in verschiedenen Jugendorganisationen weibliche Sektionen eingerichtet, die entsprechend dem Wunsch der jungen Mädchen entstanden sind. Aus den Berichten über die Jugendbewegung im Ausland ersehen wir, daß die weibliche Jugend dort meist gesondert oder gar nicht organisiert ist. In Belgien ist nach dem internationalen Bericht die „Junge Garde“ nach Geschlechtern getrennt organisiert, trifft aber öfters gemeinsame Veranstaltungen für beide Sektionen. Diese Form der Organisation scheint mir vorläufig die beste Lösung.

Wir stehen jetzt vor einem neuen Stadium der ganzen Jugendorganisationsbewegung. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften beginnen sich intensiv mit dieser Frage zu beschäftigen. Die Genossen Karl Legien und Robert Schmidt sprechen in einem Artikel der letzten Sozialistischen Monatshefte von einer Verständigung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Generalkommission der Gewerkschaften, die darin besteht, daß eine planmäßige Agitation für die Jugend angeregt werden soll. In den verschiedenen Orten sollen sich Kommissionen bilden, die aus erwachsenen Mitgliedern der Partei und den Gewerkschaften mit Hinzuziehung Jugendlicher zusammengesetzt werden sollen. Aufgabe der Kommissionen wird es sein, regelmäßige Jugendveranstaltungen zu organisieren. Diese Vorschläge sind mit Freuden zu begrüßen, und sicher wird durch Ausführung derselben eine neue wertvolle Pionierarbeit für den Sozialismus geleistet werden. Es erhebt sich aber die Frage, ob diese losen Veranstaltungen allein genügen, die doch der Jugend keinerlei Verpflichtungen auferlegen und ein festes Zusammenhalten erschweren. Genosse Robert Schmidt setzt in seinem Artikel die Schwierigkeiten der selbständigen Jugendorganisationen auseinander. Nach den Erfahrungen in den verschiedenen Ländern muß man auch unbedingt zugeben, daß völlig selbständige Jugendorganisationen nur sehr schwer lebensfähig sind. Nach vergeblichen Versuchen haben sich die Jugendorganisationen dort der Partei, den Gewerkschaften oder sonstigen Vereinen als besondere Abteilungen angegliedert. Nach dem neuen Vereinsgesetz ist uns in Deutschland die Möglichkeit dieses Zusammenflusses stark beschnitten worden, nur die Gewerkschaften und Bildungsvereine kommen in der Hauptsache für die Angliederung von Jugendorganisationen in Betracht. Die Gewerkschaften haben

bereits den Anfang mit der Konstituierung einiger Jugendabteilungen gemacht. Der Frauenverein in Berlin hat am 3. Mai durch die Feier eines Frühlingsfestes gleichfalls den Grundstein zu einer Jugendorganisation gelegt. Wir beabsichtigen, unsere Jugendabteilung in demselben Geiste zu leiten, in dem bisher unser Frauenverein geleitet wurde, natürlich aber unter spezieller Berücksichtigung der jugendlichen Wesensart. Kurze belehrende Vorträge auf den verschiedenen Gebieten der Wissenschaft und Kunst mit darauffolgender Aussprache bilden den ersten Teil der sonntäglichen Zusammenkünfte unserer Jugendabteilung. Der zweite Teil ist zwangloser Geselligkeit mit guter Musik und Gesang und Spiel gewidmet. Regelmäßige Ausflüge ins Freie werden unternommen, hierbei sind naturwissenschaftliche Betrachtungen, Besuche von botanischen und zoologischen Gärten geplant. Ausflüge in die Natur sollen, wie es bereits im Frauenverein geschieht, veranstaltet werden. Ein fester Stab von Mitarbeiterinnen hat sich uns bereits zur Verfügung gestellt, so daß wir wohl auf den Ausbau der Organisation hoffen können. Wir sehen aus der Freudigkeit und Begeisterung, mit der die weibliche Jugend zu uns kommt, daß diese Arbeit eine nützliche und wertvolle ist. Die empfängliche, strebende Jugend mit ihren großen Hoffnungen und ihrem warmen Idealismus denken wir durch richtige Anleitung und gründliche Vertiefung zu ernstem Streben für unsere Ziele zu gewinnen. Wir sind uns wohl der großen Schwierigkeiten bewußt, die bei der Jugendorganisation in Frage kommen. Um nur einiges hervorzuheben, erwähne ich die schwer zu lösende Lokalfrage, die aufs engste mit der Alkoholfrage verknüpft ist. Weiter fehlt es an leicht faßlichen Broschüren, einem gut zusammengestellten Liederbuche usw. Gewerkschaftskongress und Parteitag werden manche Klärung und Vorarbeit für die weitere Entwicklung der Jugendorganisationen bringen, so daß wir hoffen können, daß trotz aller Vereinsbeschränkungen nun erst recht eine neue Ära der Jugendzuehrung zu unseren Idealen beginnen wird.   
Cenny Stodt-Berlin.

**Parias in der Textilindustrie.**

Seit etwa zwei Jahren lenkt von Zeit zu Zeit die sozialistische Presse die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Zustände in den deutschen Jutefabriken. Die Verarbeitung der Jute faser datiert in Deutschland erst seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Spinnerei in Wehede, welche jetzt mit der großen Braunschweiger Fabrik zu einem Unternehmen vereinigt ist, war die erste Jutefabrik Deutschlands. Heute haben wir etwa 80 solche Betriebe, in welchen circa 26000 Arbeiter und Arbeiterinnen verwendet werden. Die Arbeit in den Jutefabriken ist der Gesundheit der darin beschäftigten Personen außerordentlich schädlich. Die sehr grobe Jute faser wird in der Fabrik zunächst durch Maschinen gequetscht, sodann gekürzt und gehechelt. Hierauf wird die Jute, um den Pflanzensamen zu lösen und die Faser geschmeidiger zu machen, in sogenanntes Batschl gelegt, in Quetschmaschinen gepreßt und schließlich den Verspinnern und der weiteren Verarbeitung zugeführt. Die Staubentwicklung ist in den Jutefabriken infolge des Einseitens des Rohmaterials nicht eine so enorme wie in den Baumwollspinnereien und Webereien. Trotzdem ist die Gefahr von Gesundheitsstörungen hier eine viel größere. Die Beschaffenheit der Staubteilchen läßt dieselben viel inniger an den Atmungsorganen haften, und diese Organe sind viel weniger imstande, die Staubteilchen durch Husten wieder abzu stoßen, als das beim Baumwollstaub der Fall ist. Dazu kommen noch die widerlichen vom Batschl herrührenden Ausdünstungen und die nicht ungefährlichen zahlreichen Hautkrankheiten, unter welchen der Jutearbeiter zu leiden hat. Beschäftigt werden in den Jutefabriken in der Hauptsache tschechische und galizische Arbeiter, die auf sehr niedriger Kulturstufe stehen. Einheimische Arbeiter lassen sich nur in der dringenden Not dazu bewegen, in den Jutefabriken Arbeit anzunehmen. — Bis vor etwa 3 Jahren herrschten in den Betrieben mit despotischer Willkür die Direktoren und sonstigen Vorgesetzten. Der Arbeiter und die Arbeiterin — mindestens zwei Drittel der Beschäftigten sind Arbeiterinnen — hängten sich willenlos deren Macht. Der Arbeiter gilt in den Jutefabriken nicht als ein lebendes, mit Vernunft begabtes Wesen, er gilt als ein Teil der Maschine. Tatsächlich hat die Maschine hier der Arbeit des lebenden Menschen jeden höheren Inhalt genommen. Der lebende Mensch ist zu einem Maschinenteil reduziert und folgt fast automatisch den Bewegungen der eisernen Maschine. Zu einem großen Teil können die Arbeiter nicht lesen und schreiben. In ihren Heimatorten werden sie durch Agenten angeworben und in Scharen nach Deutschland transportiert. Trotzdem genügt in Zeiten der Konjunktur der Zustrom nicht. Die Fabriken werden vergrößert. Das Kapital durch jagt immer eifriger die ärmsten Striche Böhmens und Galiziens; immer gieriger verlangt es nach billigstem Menschenfleisch. Und Hunderte kommen wieder und wieder in die modernen Zwingsburgen, die Jutefabriken. Aus der frischen Landluft wandern die körperlich sehr starken Gestalten der nichts ahnenden Arbeiterinnen und Arbeiter in die nach fallender Jute sinkenden, maschinenraffenden Fabriken. Es dauert nicht lange, und bei den angekommenen Arbeitern und Arbeiterinnen machen sich die Zeichen beginnender physischer Degeneration geltend. Aber nicht nur das. Unter dem Einfluß der menschenunwürdigen Zustände, den Einwirkungen einer monotonen, inhaltslosen Beschäftigung und nicht zuletzt infolge des Verhaltens gewissenloser Vorgesetzter sind die Proletarier nach kurzer Zeit moralisch verderbt.

Der Jutebaron begnügt sich nicht mit der Ausnützung der Arbeitskraft eines Familiengliedes. Er eignet sich mit ganz besonderer Vorliebe die Arbeitskraft einer ganzen Familie an. Das gestattet ihm mehr als in einem anderen Zweig der Textilindustrie, den Preis der individuellen Arbeitskraft auf ein Minimum zu reduzieren, indem er das Einkommen der Gesamtfamilie in Berechnung zieht. Wie niedrig die Löhne sind, beweist nachstehendes Inserat, welches am 11. September 1906 in der „Ostdeutschen Rundschau“ veröffentlicht wurde:

Dauernde Arbeit.  
Sommer und Winter.

Familien  
mit arbeitsfähigen Kindern.

Stundenlohn:

Männer . . . . .	23 Pf.
Frauen . . . . .	15 „
Mädchen } 14 bis 16 Jahr	10 bis 14 „
Burschen } 17 bis 20 Jahr	17 bis 20 „
Später, nachdem ausgebildet, bei gutem Alford	
Weberein . . . . .	20 bis 28 Pf.
Spinnerin . . . . .	25 bis 40 „
Auch Männer und Frauen aus Familien mit größerer Arbeiterzahl erhalten später guten Alfordverdienst.	
280 Wohnungen, neu erbaut, dicht bei der Fabrik.	
May Bahr, Alt.-Ges., Jute spinneret, Landsberg a. W.	

Die Frauen der Jutearbeiter arbeiten denn auch fast durchgehends mit in der Fabrik. Die Kinder sind sich selbst überlassen, kleinere müssen durch die größeren gewartet und gepflegt werden. Eine gewissenhafte Untersuchung über die Kindersterblichkeit würde zweifellos erschreckende Zahlen ergeben. Von einer Ökonomie im Haushalt kann selbstverständlich keine Rede sein. Ein eigentliches Mittagessen kennt der Jutearbeiter nicht. Vielfach sind die Frauen nicht fähig, ein solches zuzubereiten. An Stelle des Mittagessens tritt bei den Männern oft ein Stück Brot, für 10 Pf. Wurst und ein großer — Schnaps. Die Wohnungen sind elend. Sehr viele Jutearbeiter wohnen in Fabrikhäusern, das heißt Häusern, die den Unternehmern gehören. In engen, schmutzigen Bödem zusammengepfercht, haufen und schlafen alt und jung, Männer und Weiber beisammen. Gewöhnlich sind die Wohnungen der Jutearbeiter auf bestimmte Straßen und Viertel konzentriert, so in Delmenhorst, Bremen, Hemslingen, Braunschweig. An der endlosen Verlängerung der Arbeitszeit ist das Jutekapital selbstredend gebündelt. In vielen Betrieben ist sogar der zehnstündige Arbeitstag eingeführt. Dafür sucht das Unternehmertum durch ein Heer von Antreiberinnen und das Prämien system die Intensivität der Arbeit soviel als möglich zu steigern. Auch vor der zarten Kinderkraft macht das Unternehmertum nicht Halt. Das englische Kapital verwandte in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Jungen „nicht jünger, als was für 13 Jahren passieren kann“, das heißt Kinder, welche aussehen, als ob sie über 18 Jahre alt wären. So schlug man dort den Fabrikinspektoren ein Schnippchen. In Wehede werden Kinder beschäftigt, welche dem Aussehen nach kaum 12 Jahre alt sind. Aber die aus Galizien beigebrachten „amtlichen Heimatspapiere“ geben ein Alter von 14 Jahren an. Ein solches armes Kind, das laut „Heimatspapier“ 14 Jahre, dem Aussehen nach kaum 9 Jahre alt war, hatte vor zwei Jahren, als es aus dem Betrieb kam, in seiner Schürze seine Jugend gespielt: eine Puppe. Und dieses arme Wurm mußte 10 Stunden Tag für Tag schuften. Es ist für einen Fremden, der die Muttersprache jener Kleinen nicht beherrscht, sehr schwer, aus ihnen durch Fragen etwas herauszubringen. Die Kinder geben in der Regel keine Antwort und fliehen schüchtern vor jedem, der an sie herantritt. Nur in einem Falle ist es gelungen, das wahre Alter eines Kindes zu erfahren. Es betrug 10 Jahre. Im Dienste des Kapitalismus entartete Eltern treiben mit Hilfe gewissenloser Agenten ein freies Spiel und betragen ihre Sproßlinge um die Jahre ihrer Kindheit. Auch der Fabrikinspektor konstatiert, daß die Kinder „den Eindruck machen, als ob sie höchstens 12 Jahre alt seien“.

Elend und Verderbtheit grinst uns aus allen Jute distrikten entgegen. Wie immer haben auch hier die Arbeiterinnen doppelt zu leiden. Die Vorgesetzten glauben vielfach über den Leib derselben verfügen zu können. So werden Fabriken zu großen Bordellen. Grausige Verhältnisse wurden am 22. Mai durch Zeugenaussagen vor einem Braunschweiger Gericht festgestellt. In der 1800 Arbeiter, darunter 1000 Frauen und Mädchen bergenden Jute fabrik werden erwachsene Arbeiterinnen mit „du“ angeredet und „angeschnauzt“. Der Vorgesetzte braucht im Gespräch mit „seinen“ Arbeiterinnen Reden, die die Feder nicht wiedergeben kann. Arbeiterinnen werden von den Meistern nachlässigerweise in ihren Wohnungen heimgesucht. Die Arbeiterinnen wagen als Unterebene nicht, dagegen zu monieren. Unsittliche Griffe kommen oft vor. Eine Arbeiterin ist 1116 mal von einem Kusseher gebraucht worden. Als sich die Ärmste nicht mehr zu helfen weiß, beschwert sie sich beim Inspektor, und dieser erklärt selbst vor Gericht, er habe der Arbeiterin erwidert: „Es ist das beste, wenn Sie aufhören, dann gibt es Ruhe.“ Arbeiterinnen bieten sich dem Aufsichtspersonal zu unsittlichen Zwecken an. So beständige der Inspektor. Alle Beschwerden der Arbeiterinnen sind nutzlos. Wegen einen „Heilgehilfen“ schwebt bei der Staats-

anwaltschaft ein Verfahren wegen unsittlicher Belästigung der Arbeiterinnen. Der Heilgehilfe aber wird im Betrieb weiterbeschäftigt. Keiner der Vorgesetzten ist noch wegen solcher Dinge entlassen worden. Diese Praxis konnte jahrelang bestehen. Kein Hahn krächte danach.

Aber auch die Jutearbeiter sind im Erwachen begriffen. Seit zwei Jahren hat eine intensive Agitationsarbeit eingesetzt. Die scheußlichen Zustände kommen ans helle Licht der Öffentlichkeit. Ein guter Teil der Jutearbeiter gehört heute zum Textilarbeiterverband. Große Schwierigkeiten muß die Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter der Arbeiterschaft der Jutefabriken überwinden. Diese kennt noch nicht das Wesen des Klassenkampfes. Sie begreift noch nicht die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Disziplin. Das Unternehmertum sträubt sich mit aller Macht dagegen, daß der Organisationsgedanke unter den Parias des Textilproletariats festen Fuß faßt. In Delmenhorst verwehrt man den Verbandsfunktionären das Betreten der Straßen und Häuser, in welchen die Arbeiter wohnen, weil die Häuser den Unternehmern gehören. Strafbefehle wurden deswegen ausgeteilt. Das Gericht wird demnächst darüber entscheiden. In Braunschweig macht die überwachende Polizei der Agitation unter den Jutearbeitern große Schwierigkeiten. Versammlungen wurden aufgelöst. Aber es geht trotzdem vorwärts. Die Arbeiterinnen widersehen sich jetzt teilweise dem geilen Anstehen ihrer Vorgesetzten. Sie suchen Schutz bei der Organisation, und die Organisation hilft ihnen. So kam auch der Braunschweiger Prozeß zustande, von dem in Nummer 12 zu lesen war. Selbstverständlich wurden die angeklagten Verbandsfunktionäre und der sozialdemokratische Redakteur von dem bürgerlichen Gericht verurteilt. Von Rechts wegen. Sie wollen ja nach Meinung des Gerichts nur „verhöhnend wirken“! Indessen ob verurteilt oder nicht — der Kampf geht weiter. Auch die Jutearbeiter müssen und werden zu Menschen und Klassenkämpfern erzogen werden.   
H. Jäckel-Berlin.

**Die dänischen Frauen wählen.**

L. K. Dant dem neuen Hilfsklassengesetz hat Dänemark einen guten Schritt vorwärts getan in der Richtung zu einer besseren Fürsorge für die Bedürftigen in den Gemeinden. Daß dieses Gesetz seine jetzige Gestalt erhalten hat, verdanken wir in erster Linie der Sozialdemokratie, die mit unermüdlicher Energie für einen reichlichen Staatszuschuß an die Hilfsklassen und für die Selbstverwaltung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts eingetreten ist.

Das Gesetz schreibt vor, daß in jeder ländlichen und städtischen Gemeinde mit Ausnahme von Kopenhagen (die Kopenhagener Stadtverwaltung gewährt seit langem Zuschüsse an Unterstützungseinrichtungen für Bedürftige) eine Hilfsklasse bestehen muß, deren Verwaltung aus allgemeinen Wahlen hervorgeht. Den Hilfsklassen fließen bestimmte Geldstrafen zu, bedinglichen die Abgaben von Vergnügungen usw. und die Kommunalverwaltungen können ihnen aus Gemeindefonds eine beliebige Summe zur Verfügung stellen. Der Staat kann dann einen weiteren Zuschuß gewähren, der ein Drittel der kommunalen Zuschüsse beträgt, jedoch dürfen die betreffenden staatlichen Zuschüsse insgesamt nicht 1/2 Million übersteigen. Wir hätten die letztere Summe gern etwas größer gewünscht, aber in Anbetracht dessen, daß Dänemark nur zwei Millionen Einwohner zählt, bedeutet sie immerhin eine relativ gute Zuwendung.

Der Zweck der Hilfsklassen ist die Hilfeleistung an Personen, die durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Gebrechlichkeit oder dergleichen in Not geraten sind. Die Unterstützung seitens der Kasse soll diese Notleidenden davor bewahren, der Armenpflege anheimzufallen, so daß ihnen ihre Staatsbürgerrechte erhalten bleiben. Unser dänisches Altersunterstützungsgesetz bestimmt, daß niemand, der Armenunterstützung empfangen und diese nicht zurückgezahlt hat, der Altersunterstützung teilhaftig werden könne, die sonst sechzig Jahre alten Personen unter gewissen Bedingungen gewährt wird. Vergegenwärtigt man sich diese Bestimmung, so wird man verstehen, wie notwendig es ist, daß die Hilfsklassen mit ihren Mitteln Leuten im Alter von 50 bis 60 Jahren zu einer Zeit beispringen, wo die Arbeitskraft nachläßt und die Not oft groß ist. Es ist daher auch von großer Bedeutung, daß die Verwaltung der Hilfsklassen aus Männern und Frauen zusammengesetzt wird, die nicht in erster Linie darauf bedacht sind, den Gemeinden Aufwendungen zu ersparen, sondern die es sich angelegen sein lassen, so vielen Bedürftigen so reichlich als möglich zu helfen.

Das Wahlrecht zu der Klassenverwaltung steht allen Männern und Frauen zu, die in der Gemeinde wohnhaft 25 Jahre alt sind, ihre Gemeindesteuern für das der Wahl vorhergehende Jahr entrichtet haben und keine Armenunterstützung empfangen. Auch die verheirateten Frauen sind wahlberechtigt, sofern der Ehemann der Steuerpflicht genügt hat. Die Wahlen erfolgen einheitlich für das ganze Land im Monat März auf Grund eines Proportionalwahl systems, und die Verwaltungen werden für drei Jahre gewählt. Infolge des Hilfsklassengesetzes nahmen die Frauen im letzten März zum erstenmal als Wählerinnen an einer wichtigen kommunalen Wahl teil. Eine intensive Wahl agitation ist selbst noch unter den Männern nötig, die doch seit einem Menschenalter das kommunale und politische Wahlrecht ausüben. Wie viel mehr tut sie nicht unter den Frauen not. Es war keine leichte Arbeit, das große Heer der bisher rechtlosen Frauen in eine zielbewußte Bewegung zu bringen, die dem Nutzen der Allgemeinheit dienen sollte. Die Genossinnen und Genossen unterzogen sich der Aufgabe mit größtem

Gifer und bestem Erfolg, trotz des Widerstandes der Bourgeoisie.

Ein Teil der dänischen Frauen, die dem ältesten Frauenrechtsverein angehören, dem 'Dänischen Frauenbund' (Dansk Kvindesamfund), glaubte dadurch für die Gleichstellung der Frauen mit den Männern zu demonstrieren, daß sie eine Liste von ausschließlich weiblichen Kandidaten aufstellten. Diese verfiel jedoch der Lächerlichkeit und verschwand daher bald aus dem Wahlkampf.

Die im Frauenwahlrechtsverband organisierten Genossinnen gingen natürlich mit der Sozialdemokratie gemeinsam vor. Auf den Kandidatenlisten der Sozialdemokratie standen Männer und Frauen. In vielen Hilfsklassenverwaltungen brachte die Wahl der Sozialdemokratie die Mehrheit. Die Beteiligung der Frauen an den Wahlen war in den meisten Gemeinden eine ebenso rege wie die der Männer, jedoch hätte die Beteiligung überhaupt eine noch stärkere sein sollen.

In der Nachbargemeinde Kopenhagens, in Frederiksberg, wurde die Wahlaktion von den Führern der sozialdemokratischen Partei und dem Vorstand des sozialdemokratischen Frauenwahlrechtsvereins gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. Von den fünf aufzustellenden Kandidaten wurde die Nominierung von drei dem Frauenwahlrechtsverband überlassen. Seitens des Verbandes wurde mit größter Energie in die Wahlaktion eingetreten. Drei Mitglieder des Vorstandes, die Genossinnen Andrea Brochmann, Luise Hörlund und Elisabeth Jørgensen redeten während der dreiwöchigen Wahlbewegung in circa 100 Versammlungen. Obgleich alle drei tagüber ihrer Erwerbsarbeit nachgehen mußten, sprachen sie jeden Abend in Versammlungen, ebenso an den Sonntagen nachmittags, und das oft nach anstrengender Eisenbahnfahrt in die entferntesten Teile des Landes, wo man ihre Anwesenheit gewünscht hatte, um die Frauen zur Beteiligung an der Wahl aufzurütteln und zur Abgabe ihrer Stimme für die sozialdemokratischen Listen zu veranlassen. In der Gemeinde Frederiksberg stellte der Verband 15 bis 20 Frauen zur Mithilfe bei allen Wahlarbeiten. Es war eine Freude, zu beobachten, wie junge und alte Frauen mit klugen Fingern und vergnügten Gesichtern die Wahlausrufe in die Kuverts steckten und mit großen Paketen hinausjagen, um jedem Wähler in der Gemeinde den Ausruf zuzustellen. Und am Wahltag selbst sah man die nämlichen Genossinnen fleißig im Dienste der Sache.

Dem jungen, lebenskräftigen sozialdemokratischen Frauenwahlrechtsverband kam es bei der Arbeit für die Hilfsklassenwahlen zum Bewußtsein, daß es eines energischen Wirkens bedarf, um die Gemeinderatswahlen des Jahres 1909 zu einem Siege der Sozialdemokratie zu gestalten. In diesem Jahre werden nämlich die dänischen Frauen zum erstenmal an den Gemeinderatswahlen teilnehmen können. Leider noch nicht alle Frauen, da das Gemeindevahlrecht kein allgemeines, sondern ein un-demokratisches Geldadwahlrecht ist. Um so mehr Grund für die Genossinnen, sich zu rühren. Die Wahlaktion muß zugleich ein Kampf für das allgemeine Wahlrecht sein. Die Genossinnen werden ihre Pflicht tun. Andrea Brochmann-Kopenhagen.

zeit. Besonders wird das der Fall sein, wenn die Frauen begreifen lernen, daß Arbeitszeitverkürzung keine Einbuße am Verdienst bedeuten kann und darf. Damit würden der schon lange angestrebten Freigabe des Sonnabends nachmittags die Wege geebnet und die Frauen für einige Stunden ihrer Familie zurückgegeben. Aus sich selbst heraus müssen die arbeitenden Frauen die Notwendigkeit solcher Forderungen einsehen.

Solange die Frauen immer noch geschoben und mitgezogen werden müssen und sich nicht aus sich selbst heraus entwickeln, so lange geht es mit der Frauenorganisation nicht so vorwärts, wie es im Interesse des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse notwendig ist. Doch die Heranbildung tätiger Kolleginnen würde die weitere Entwicklung unseres Verbandes also ein gutes Stück vorwärts kommen. Solche zu praktischer Mitarbeiter befähigte Kolleginnen dürften sich überall finden. Die an leitender Stelle stehenden Kollegen stellen sich eigentlich ein Armutzeugnis aus, wenn sie nicht in der Lage sind, zur Mitarbeit befähigte Kolleginnen zu entdecken! (Sehr wahr!) So manches Blümchen blüht im verborgenen: Mit Aufgaben betraut, haben sich schon manche Frauen zum Nutzen der Allgemeinheit entwickelt. Man wird doch wohl den Tausenden Frauen und Mädchen, die bei den großen Lohnkämpfen der letzten Jahre so glänzende Proben ihres Solidaritätsebewußtseins abgelegt haben, nicht die Befähigung zu Verwaltungsarbeiten und Organisationsarbeiten absprechen wollen. War es denn mit den Kollegen anders? Auch sie mußten aus der Menge herausgeholt, zur Mitarbeit herangezogen und vor Aufgaben gestellt werden, bis sie sich zu dem herangebildet haben, was sie heute sind. Für ebenso notwendig, wie daß wir in den örtlichen Verwaltungen weibliche Personen mit Vertrauensämtern betrauen, halte ich es im allgemeinen Interesse unseres Verbandes, besonders aber im Interesse der Agitation unter der großen Masse Indifferenter, die wir gewinnen müssen, daß wir auch der Frage der Anstellung besoldeter weiblicher Personen näher treten.

Das Bestreben nach Zentralisation macht ja erfreulicherweise Fortschritte; durch die Zusammenlegung verschiedener Filialen würde die Möglichkeit geschaffen, neben den Beamten in solchen Bezirken, wo noch große Agitationsgebiete brach liegen, besoldete weibliche Funktionäre anzustellen. Dieser Notwendigkeit wird man sich für die Dauer nicht verschließen können. Die 'Christlichen' sind uns damit schon zuvorgekommen. Wenn man aber jetzt hören muß, in welcher Weise von einigen Funktionären und von besonders oppositionell veranlagten Mitgliedern das vorbildliche Beispiel kritisiert wird, daß der Zentralvorstand in dieser Beziehung gegeben hat; wenn man bei Vorschlägen zur Wahl hören muß, 'bleibt uns mit den Weibern in der Verwaltung vom Halbe' —, dann scheint es fast, als dürfe man die Anstellung weiblicher Personen überhaupt nicht in Erwägung ziehen. Es gilt, Vorurteil und Segnerhaft zu besiegen. Als die Generalversammlung in Hannover die Gaueinteilung beschloß, gab es auch Leute in unseren Reihen, die sich davon nichts versprachen. Die Gaueinteilung hat sich nichtdestoweniger glänzend bewährt, und so wird man sich auch an den Gedanken gewöhnen müssen, mit der Zeit neben Gauleitern und Geschäftsführern auch unabhängige weibliche Personen mit der Betreibung der Agitation unter den Arbeiterinnen zu betrauen. Was sich im Interesse der Entwicklung unseres Verbandes als notwendig erwies, hat sich auch durchgesetzt. Die Mitarbeit der Frauen in allen Zweigen der Verwaltung ist aber notwendig, um aus den Reihen der Mitglieder heraus die weiblichen Kräfte heranzubilden, deren wir zum weiteren Ausbau unserer Organisation bedürfen. Die von Jahr zu Jahr wachsende Zahl der Arbeiterinnen beweist, daß die Industrie nicht nur revolutionierend in das Leben der Frauen eingegriffen hat, sondern daß die Frauenarbeit überhaupt mit die Vorbedingungen schafft für die Umwandlung und Neugestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der Arbeiterklasse. Die in den Kampf ums Dasein gestellten Frauen fangen langsam an, die Ungerechtigkeit einer verkehrten Erziehung abzuschleifen und sich ihrer Bedeutung bewußt zu werden. Die Macht der Verhältnisse zwingt immer größere Scharen, sich zum bewußten Verständnis ihrer Lage durchzuringen, aus nur arbeitenden Frauen werden freudende und denkende Menschen, Menschen, die der Gesellschaft gegenüber noch andere, wichtige Pflichten zu erfüllen und darum doppelt schwer unter der schimpflichen Ausbeutung zu leiden haben. Die aufklärten Arbeiterinnen werden Klassenkämpferinnen. Die bewußte Erkenntnis, daß nicht die Arbeit als solche, sondern daß nur die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit die elenden Arbeitsbedingungen schafft, die das Leben der Textilarbeiterinnen zur Hölle machen, wird dazu beitragen, aus der Masse viele herauszuheben, die berufen sind, für die Verbesserung der Verhältnisse der Gesamtheit einzutreten.

Das kommt auch den männlichen Arbeitern zugute. Je mehr die Frau in die Industrie eindringt, um so mehr verschärfen sich die Konflikte zwischen ihrer Tätigkeit als Arbeiterin, Hausfrau und Mutter, um so mehr tritt auch die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit aber gewinnt nicht nur das Familienleben der Arbeiter, sondern die Frau findet auch mehr Zeit zu ihrer geistigen Vervollkommnung und damit zu ihrer Befähigung, sich im öffentlichen Leben zu betätigen. Der geringe gesetzliche Arbeiterschutz, den wir haben, ist beinahe ausschließlich auf Frauen und Kinder beschränkt, trotzdem sind die ein-

schlägigen Vorschriften den Arbeiterinnen fast unbekannt. Die Regelung der Arbeitszeit ist hauptsächlich für Frauen festgelegt, die Gesetzgebung wird sich zunächst auch wieder mit einer weiteren Verkürzung ihrer Arbeitszeit beschäftigen müssen, weil die Bedeutung, die der Frau als Trägerin der Zukunft vom volkswirtschaftlichen und kulturellen Standpunkt zukommt, mit gebieterischer Notwendigkeit dazu drängt. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter wird auch zu einer Verkürzung der Arbeitszeit der männlichen Arbeiter führen müssen. So wird die Frauenarbeit in unserer Industrie die treibende Kraft zu einer schon längst notwendigen Regelung der Arbeitszeit männlicher Arbeiter werden. Wir sehen, daß nicht nur die Organisierung, sondern auch die Mitarbeit der Arbeiterinnen in der Gewerkschaft eine Lebensfrage für die Textilarbeiterklasse ist. Wenn wir also wollen, daß der lohndrückenden Tendenz der Frauenarbeit entgegenwirkt werde, wenn wir mit Erfolg an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Industrie arbeiten wollen, wenn wir wollen, daß die Gleichberechtigung nicht nur verkündet, sondern in die Praxis umgesetzt wird, dann müssen wir aus den Reihen unserer Mitglieder Frauen heranzubilden, die geschult und tatkräftig genug sind, sich in den Dienst des Ganzen zu stellen. Lehren wir sie, daß der erste Schritt zur Befreiung die Erkenntnis der eigenen Lage ist. Dann werden auch die Frauen über den engen Kreis ihrer kleinlichen Interessen hinauswachsen und erkennen lernen, daß alle unsere Forderungen der energischen Unterstützung der weiblichen Arbeiterklasse bedürfen. (Beifall.) Damit ist nicht nur der Weg gewiesen, im Verwaltungskörper unseres Verbandes den weiblichen Mitgliedern den Platz anzuweisen, der ihnen auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gebührt, die praktische Betätigung trägt auch dazu bei, ihnen die Organisation wert zu machen und sie dauernd an dieselbe zu fesseln. Solche zu bewußter Mitarbeit herangebildete Kolleginnen werden unsere führenden Kollegen in ihrer Tätigkeit unterstützen können, sie werden sich nicht nur im Interesse der weiblichen Mitglieder, sondern zum Gedeihen unseres Verbandes förderlich und nützlich erweisen. Wir haben nicht nur die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, sondern auch ihr Klassenbewußtsein zu erwecken, ihnen den idealen Wert der Organisation klar zu machen. Ist doch die Organisation der erste Schritt zur Befreiung, und der Wert der Betätigung in der Organisation fördert das ideale Streben für die Allgemeinheit. Kollegen und Kolleginnen: Ich bin mir bewußt, Ihnen nichts Neues zu sagen, aber ich glaube ein volles Recht zu haben, für unsere weiblichen Mitglieder eine größere Beteiligung an den Organisationsarbeiten fordern zu können.

Wenn es gelingt, bei unseren Kolleginnen das Bewußtsein zu erwecken, daß sie sich als Angehörige einer Klasse zu betrachten haben, die um ihre Menschenrechte kämpft, wenn sie erkennen lernen, daß gerade für die Frauen als Arbeiterinnen und Mütter die Befreiung vom Joch der Ausbeutung die Eringung höheren Menschentums bedeutet, dann werden auch sie ihr gut Teil Mitarbeit leisten an dem großen Befreiungskampf der Arbeiterklasse. (Lebhafte Beifall.)

### Zur Dienstbotenfrage.

Jedem, der theoretisch oder praktisch interessiert ist an dem, was landläufig als 'Dienstbotenfrage' bezeichnet wird, drängt sich die Überzeugung auf, daß diese Frage in der Gegenwart zu einer brennenden geworden ist. Von Jahr zu Jahr hält es für die Herrschaften schwerer, ein Dienstmädchen zu finden; von Jahr zu Jahr gestalten sich die Beziehungen zwischen den Hausfrauen und ihren Hausangestellten schwieriger. Die Überzeugung von der Gleichberechtigung aller Menschen saßt auch unter den letzteren festen Fuß. Manche berufen sich bewußt auf ihre Menschenrechte, viele empfinden sie noch unbewußt, und die Hausfrauen, welche meist nicht über soziale Zusammenhänge und die daraus sich ergebenden Notwendigkeiten nachgedacht haben, erblicken in dem sich regenden Selbstbewußtsein der Mädchen nichts als 'Unbotmäßigkeit', der sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen trachten. Die Handhabe dazu bietet ihnen eine der vielen Gesindeordnungen, die wir im Deutschen Reich haben.

Eine große Klasse von Menschen, davon nahezu hunderttausend allein in Berlin, welche mittelbar und unmittelbar von den Fortschritten der Zeit berührt worden sind, müssen sich heute noch unter gesetzliche Vorschriften beugen, die sich auf ganz anderen sozialen Voraussetzungen aufbauen, als die sind, welche heute das gesellschaftliche Leben beherrschen! Die Gesindeordnungen fassen den Dienstboten als einen ganz ungebildeten Menschen auf, der wenig urteilsfähig und zur Selbstbestimmung geeignet, nur körperlich arbeitet und seinen Anspruch auf geistige Anregung, Erholung und Ruhe hat. Außerdem gehen die Gesindeordnungen von der Ansicht aus, daß die Herrschaft den Dienstboten als Familienglied betrachtet und in patriarchalischer Fürsorge am besten wisse, was ihm gut sei. Dank des allgemeinen Schulzwanges aber sind unsere heutigen Dienstmädchen durchaus nicht mehr so ungebildet wie ihre Vorgängerinnen in früherer Zeit. Zum mindesten treten die in Großstädten aufgewachsenen Mädchen mit einem gewissen Fonds von Kenntnissen ins Leben und haben Denken gelernt. Nicht die mangelnde Begabung und Lust, sondern die mangelnde Zeit zur Fortbildung tragen in der Mehrzahl der Fälle die Schuld, daß sich die geistigen Fähigkeiten der Dienstmädchen nach dem Eintritt ins Erwerbsleben nicht besser weiterentwickeln. Auch ist es falsch, die Arbeit der heutigen Hausangestellten, besonders wiederum der großstädtischen, als eine rein körperliche hinzustellen.

### Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in der Textilindustrie.

Von Martha Hoppe-Berlin.

(Referat, gehalten auf der Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes zu Leipzig.) (Schluß.)

Der Hinweis auf die für die Arbeiterinnen so wichtigen gewerkschaftlichen Unterstützungsrichtungen und eventuellen Entschädigungen trägt sicher dazu bei, Frauen zur Mitarbeit zu bestimmen, und damit wäre der erste Anfang der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit getan. Bei der Veranstaltung von Versammlungen dem besonderen Bedürfnis und Geschmack der Arbeiterinnen durch besonderte Vorträge Rechnung zu tragen, sie besonders dazu einzuladen durch Personen, die ihr Vertrauen haben, sie allmählich dazu zu erziehen, daß ihre Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck bringen, ist eine weitere Pflicht. Man gewöhne die Frauen daran, Beschwerden, namentlich solcher Art, wie sie die Behandlung durch Vorgesetzte häufig zeitigt, vorzubringen. Es muß in den Betrieben Unholde, die das Weib in der Arbeiterin mit Füßen treten. Aber eine gewisse Scheu hält die Arbeiterin ab, zu einem Mann darüber zu sprechen. Ohne Scheu würde sie dagegen sich einer Geschlechtsgenossin anvertrauen. Mancher dieser Ehrenmänner wäre schon der gerechten Strafe überwiesen, wenn die Opfer sich beschweren könnten. Es würde den Frauen auch viel besser gelingen, als den meisten Männern, über die furchtbaren Schäden, die durch die überlange Arbeitszeit speziell für den weiblichen Organismus hervorgerufen werden, Aufmerksamkeit zu verbreiten. Sie könnten sich eindringlicher über Wesen und Art all der Berufskrankheiten reden, die nicht nur für die Frauen, sondern auch für die werdende Generation von so unheilvollem Einfluß sind. Wenn die Frau zu Frauen spricht, wird sie besser verstanden werden als der über dieselben Dinge sprechende Mann. (Sehr richtig!) So würden weibliche Funktionäre die beste Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit machen, wofür die Arbeiterinnen im allgemeinen wenig Verständnis zeigen, sie sind es gewöhnlich, die dem Unternehmer in betreff der Länge des Arbeitstags bereitwillig entgegenkommen. Man läme durch die Aufklärung der Arbeiterinnen dazu, die Massen allmählich zur Verweigerung jeder Überarbeit überhaupt zu erziehen, und zur Forderung einer weiteren Verkürzung der Arbeits-

Die jetzigen Wohnungen, selbst die der einfachen Bürgerfamilien, sind im Vergleich mit denen unserer Voreltern auf das Komplizierteste eingerichtet, nicht zu reden von jenen Häuslichkeiten, wo das Dienstmädchen mit Telefon, elektrischem Licht, Gasherd, Warmwasserheizung und womöglich mit dem Vakuumreiniger umzugehen verstehen muß. Wenn auch zugegeben ist, daß alle diese Einrichtungen zur Erleichterung der häuslichen Arbeiten viel beitragen, so ist doch auch sicher, daß zu ihrer richtigen Handhabung Intelligenz und Umsicht gehört. Das Umgehen mit diesen technischen Hilfsmitteln kann nicht mehr als eine Arbeit angesehen werden, die keine Anforderungen an das Denkövermögen stellt. Es trifft auch nicht mehr zu, daß die Herrschaft das Dienstmädchen als einen Teil ihrer Familie ansieht. Abgesehen von Ausnahmefällen, die ja doch nur die Regel bestätigen, bleibt die Hausangestellte eine Fremde im Hause ihrer Herrschaft, auch wenn sie noch so lange dort ist. Ihr Reich ist die Küche und ihre Kammer, deren Beschaffenheit nur zu oft vieles zu wünschen übrig läßt. Sie verzehrt ihre Mahlzeiten allein, sie feiert ihre Feste allein (von Arbeit und Dienst abgesehen, erscheint sie nur zur Empfangnahme des Weihnachtsgeschenkes im Wohnzimmer, um sofort wieder in die Küche zu verschwinden), sie arbeitet allein, und sie verbringt ihre Mußestunden allein. Selbst in sehr günstigen Fällen kommt das Verhältnis der Familie zu ihr nicht über ein höfliches, herablassend freundliches hinaus. Welches die einzelnen Gründe für diese Erscheinung sind, mag hier unerörtert bleiben. Im allgemeinen sei aber bemerkt, daß sie durch die sonstigen sozialen Verhältnisse bedingt sind. Unter den gegenwärtigen Umständen ist die Behauptung von der Familienzugehörigkeit der Dienstmädchen zu einer Phrase geworden. Das Verhältnis zwischen Dienstherrschaft und Diensthöflichkeit ist ein rein materielles: Die Geld — die Arbeit, und es wäre für beide Teile ersprießlich, das klipp und klar anzuerkennen. Zugegeben muß allerdings werden, daß ein diesem Standpunkt entsprechendes Handeln erschwert wird durch das heute noch übliche Zusammenwohnen von Dienstherrschaft und Diensthöflichkeit. Dank ihm bleibt der äußere Rahmen des patriarchalischen Verhältnisses bestehen.

Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß wir uns jetzt auch betrefis der häuslichen Arbeit und der Stellung derer, die sie verrichten, in einer Übergangszeit befinden. Die alten Einrichtungen überleben sich, und die neuen sind noch nicht zur Entfaltung gelangt. Es fehlt nicht an Anzeichen, welche erkennen lassen, in welcher Richtung die zukünftige Entwicklung des Hauswesens vor sich geht.

Wir sehen eine entschiedene Abneigung der erwerbstätigen Mädchen, die häusliche Arbeit als Beruf zu erwählen. Diese Abneigung resultiert aber nicht, wie häufig sehr zu unrecht angenommen wird, aus einer allgemeinen Unlust zu häuslicher Arbeit. Sie hat vielmehr ihren sehr berechtigten Grund in dem Widerwillen der Mädchen, sich mit ihrer Arbeitskraft und ihrer ganzen Persönlichkeit in Abhängigkeit von der Willkür eines einzigen Menschen, der Hausfrau, zu begeben. Auch der Umstand, daß es noch keine Fachausbildung für Dienstmädchen gibt, mag viele Eltern davon abhalten, ihre Töchter in häusliche Dienste treten zu lassen. Nur an wenigen Orten existieren Haushaltungsschulen, und ihr Besuch kostet Zeit und ist häufig teuer. Wie die Verhältnisse heute liegen, bleibt es in der Mehrzahl der Fälle dem Zufall überlassen, in welchem Haushalt die junge Anfängerin ihre erste Schulung erhält, die doch für das ganze Leben grundlegend sein soll und das oft auch ist. Hat sie Glück, so kommt sie zu einer Hausfrau, welche selbst nicht nur zu arbeiten versteht, sondern auch gleichzeitig eine gute Lehrmeisterin ist, wie aber, wenn dieser Glücksfall nicht eintritt? Wie dann, wenn die Hausfrau selbst unerfahren oder unordentlich ist, wenn sie das junge, noch nicht den Kinderschuhen entwachsene Mädchen mit Arbeiten überhärdet, für die weder seine Körperkräfte noch seine geistige Entwicklung ausreichen und ausreichen können. Und wie dann, wenn die Hausfrau in gänzlicher Verkennung der Umstände ihr abfälliges Urteil im Dienstbuch niederlegt? Wenn sie mangelnde Körperkraft für Faulheit, noch nicht genügend entwickelte Intelligenz für Dummheit, kindische Widerständigkeit für Frechheit ansieht? Wer die Praxis kennt, weiß, daß solche Fälle nicht vereinzelt, sondern zu Dutzenden vorkommen. Selbst aber wenn die Eltern hoffen dürfen, daß ihre Tochter „Glück hat mit ihrer ersten Stelle“, bleibt es doch für sie zu überlegen, ob sie diese in häusliche Dienste treten lassen wollen. Der Diensthöflichkeit ist keine Versorgung für das Leben. Die weitaus meisten Hausfrauen wollen junge, frische Arbeitskräfte, ältere Mädchen werden nur ungern, alte gar nicht genommen. In Hinblick auf diese Tatsachen ziehen es viele Eltern vor, ihre Tochter lieber ein Gewerbe erlernen zu lassen.

Der Eintritt junger Kräfte in den Diensthöflichenberuf ist ein geringer im Verhältnis zu der Zahl der Mädchen, welche ihm alljährlich wieder den Rücken kehren und sich einen anderen Erwerb suchen. Die Gründe für diese letztere Erscheinung sind mannigfacher Art. Manche Mädchen erhalten infolge jugendlicher Torheit oder Ungerechtigkeit seitens der Herrschaft ein schlechtes Attest und fürchten, keinen anständigen Dienst mehr zu bekommen. Anderen wird mit der Zeit die ewige Abhängigkeit unerträglich, wie daß zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Bereitschaft stehen, welches die häusliche Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber mit sich bringt. Viele der Mädchen wenden sich der Fabrikarbeit zu, viele gehen in die Häuser um zu waschen, reinzumachen, Aushilfsdienste zu leisten. Sie alle nehmen das Martyrium des Kampfes um eine unsichere Existenz auf sich, nur um nicht abhängig zu sein, nur um eine Abendstunde und hin und wieder einen Tag zu haben, wo sie sich

selbst gehören und frei über sich bestimmen können. Schon heute ist es mancher Hausfrau trotz eifrigster Bemühungen unmöglich, ein Dienstmädchen zu finden, und sie muß sich mit einer Aushilfe begnügen, welche des Morgens kommt und abends nach beendeter Arbeit wieder geht.

Vorausichtlich wird die „Aushilfe“, die Aufwärterin, die nicht in der Familie des Arbeitgebers lebt, immer allgemeiner Verwendung finden. Die Wohnungsverhältnisse wirken auf Seiten der Herrschaften in der gleichen Richtung. Teure Mietpreise, beschränkte Räumlichkeiten, steigender Anspruch der Kinder auf Zimmer für das Studium usw. veranlassen immer mehr Familien statt des Dienstmädchens eine außerhalb des Hauses wohnende Bedienung einzustellen. Aber durch den scheinbar äußeren Umstand, daß die Hausbedienstete nicht mehr unter dem gleichen Dach mit dem Arbeitgeber lebt, wird eine bedeutsame Änderung im Verhältnis der Hausfrau zu ihrer Angestellten hervorgerufen. Der Gedanke, eine freie Arbeiterin vor sich zu haben, die nach kurzer Kündigungsfrist ihre Beschäftigung niederlegen kann, wird die erstere geneigter zu Konzessionen an die letztere machen. Die Gewißheit, des Abends frei zu sein, wird aber den Hausangestellten größere Freundschaft bei der Erfüllung ihrer Pflichten geben.

Daß die außerhalb des Hauses wohnende „Aufwärterin“ immer häufiger an die Stelle des Dienstmädchens tritt, wird auch noch durch andere Zusammenhänge ermöglicht, deren Wurzel in der technischen Revolutionierung unseres Wirtschaftslebens zu suchen ist. Die Industrie nimmt der Hauswirtschaft eine Arbeit nach der anderen ab. Wir spinnen und weben nicht mehr wie unsere Großmütter und Urgroßmütter im Hause, wir ziehen nicht Lichter und Kochen Seife, wir legen auch keine Früchte und Gemüse mehr ein, sondern kaufen Konserven, deren Zubereitung nur noch wenige Minuten beansprucht. Wir stricken keine Strümpfe mehr, wir tragen gewebte, und in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle fertigen wir auch die Wäsche der Familie nicht mehr daheim an. Manche Familien speisen heute schon im Restaurant, und die Zahl derer, die das tun, würde sich beträchtlich vergrößern, wenn auf genossenschaftlicher Basis Unternehmungen beständen, wo ohne Trink- und Trinkgeldzwang für mäßigen Preis kräftige und schmackhafte Kost verabreicht würde. Offenbar geht die Entwicklung dahin, die häuslichen Arbeiten zu verringern, so daß sie mit weniger Arbeitskräften zu bewältigen sind.

Gleichzeitig können wir jedoch auch eine andere Erscheinung beobachten. Sie bewirkt, daß in bestimmten gesellschaftlichen Schichten das Bedürfnis nach häuslichen Arbeitskräften wächst. Wir denken dabei nicht an die luxuriösen Haushaltungen, in denen ein ganzer Stab fachlich ausgebildeter und tüchtiger Hausbediensteter unter der Leitung eines erfahrenen „Fräuleins“ oder einer „Ramsell“ der Hausfrau alle häuslichen Verrichtungen, die Überwachung inbegriffen, abnimmt. Ihre Zahl ist verhältnismäßig klein. Aber die immer ungünstiger und unsicherer werdenden Erwerbsverhältnisse zwingen von Jahr zu Jahr eine sich steigende Anzahl verheirateter Frauen des Mittelstandes und der bürgerlichen Intelligenz, einen Beruf zu ergreifen. Sie stehen der Schwierigkeit gegenüber, gleichzeitig ihren Hausfrauen und ihren Berufspflichten zu genügen. „Zween Herren kann niemand dienen“, heißt es aber. Wenn eine verheiratete Frau gezwungen ist, fortwährend an ihre häuslichen Aufgaben zu denken, wenn sie für jede Vernachlässigung von Mann und Kindern verantwortlich gemacht wird, so kann sie kaum einen bürgerlichen Beruf mit der vollen nötigen Hingabe ausüben. Man mag das bestreiten, soviel man will, man mag die Namen von Frauen aufzählen, die in einem Berufe Vollkommenes leisteten und gleichzeitig vorzügliche Hausfrauen, Gattinnen und Mütter waren: es bedeutet das keinen Beweis dafür, daß die große Allgemeinheit der Frauen den doppelten Verpflichtungen gerecht zu werden vermag. Vielleicht hätten diese genialen Frauen auch noch weit mehr leisten können, wenn ihnen die Kleinlichen Sorgen des Alltags erspart geblieben wären. Jedenfalls aber ist der Durchschnittsfrau undurchführbar, was den Ausserlesenen mit dem ganzen Aufgebot ihrer körperlichen und geistigen Kräfte möglich sein kann. Halten wir das fest, so stellt sich als Folge der zunehmenden Berufstätigkeit der Frau die Notwendigkeit heraus, von einer fremden Arbeitskraft nicht nur die Arbeiten leisten zu lassen, die man schon bisher dem Dienstmädchen übertrug, sondern auch die, welche noch von der Hausfrau und der Hausdöchter verrichtet wurden. Will oder kann man sich mit einer auf Tage oder Stunden kommenden freien Hausarbeiterin nicht begnügen, so zeigt die Entwicklung der Dinge noch auf einen Ausweg hin: die Familie kann die Einzelwirtschaft aufgeben und in ein Einküchenhaus ziehen. In Berlin, respektive dessen Vororten, werden jetzt drei solcher Einküchenhäuser gebaut. In diesen Häusern, die den Mietpreisen nach für den besser gestellten Mittelstand, die bürgerliche Intelligenz inbegriffen, bestimmt sind, lebt eine größere Anzahl von Familien, ganz wie bisher in getrennten Wohnungen, das Essen aber erhalten sie aus einer Zentralküche, so daß für den einzelnen Hausstand das Einküchen und Kochen wie das Säubern des Geschirrs wegfällt. Jede der Familien kann sich nach Belieben häusliche Bedienstete, beziehungsweise eine Aufwäscherin halten, oder aber Bedienung von der Zentrale aus erhalten. Es ist vorauszu sehen, daß dem Kochen und selbstverständlich auch dem Heizen von einer Zentralküche aus in absehbarer Zeit ebenfalls das Reinigen der Wohnungen und die Verrichtung sämtlicher häuslicher Arbeiten folgen werden. So kann für die im Einküchenhaus wohnenden Familien die Anstellung privater Dienstmädchen bald gänzlich wegfallen.

Die Stellung der Hausangestellten in Unternehmungen wie den Einküchenhäusern wird aber eine ganz andere werden

als die unserer heutigen Dienstmädchen. Sie wird die von häuslichen Arbeiterinnen. Ein derartiger Wirtschaftsbetrieb mit seiner naturnotwendigen planmäßigen Organisation und Regelmäßigkeit wird ihnen die in der Gegenwart schmerzhaft vermiste, fest begrenzte Arbeitszeit bringen. Er entzieht sie ferner der Willkür einer vielleicht gänzlich unfähigen Hausfrau und läßt sie mit Persönlichkeiten zusammenarbeiten, welche theoretisch und praktisch für den Beruf der hauswirtschaftlichen Tätigkeit vorgebildet sind. Infolgedessen wird sich jede Angestellte den Anordnungen ihrer Vorgesetzten mit ruhiger Selbstverständlichkeit fügen, gerade so, wie sich der Arbeiter in einer Fabrik selbstverständlich dem Betriebsleiter unterordnet. Von dem Ungehorsam der Dienstmädchen, über den die heutigen Hausfrauen so sehr klagen, wird dann nichts mehr zu spüren sein. Es kann in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden, in welcher Weise die Einküchenhäuser noch für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden könnten. Es sei jedoch noch darauf hingewiesen, daß sich an sie mit Leichtigkeit praktische und theoretische Lehranstalten für Hausangestellte angliedern ließen, so daß diese nicht mehr wie bisher ohne jede Berufsvorbildung bleiben müßten. Im Einküchenhaus könnten die jungen Mädchen unter fachgemäßer Anleitung arbeiten und dadurch gleichzeitig zum mindesten ihren Lebensunterhalt erwerben. Heute dagegen können die Eltern auch von den vorhandenen Haushaltungsschulen nur selten Gebrauch machen, weil sie die Ausgaben für das Schulgeld scheuen müssen und oft auch nicht in der Lage sind, die Kosten für den Lebensunterhalt des Kindes zu tragen. Erwähnt sei, daß sich nicht bloß Tendenzen zur Herstellung von Einküchenhäusern zeigen, sondern auch solche zur Schaffung von Gartenstädten mit Ein- und höchstens Zweifamilienhäusern. Aber auch in ihnen könnte durch die immer weiter fortschreitende Industrialisierung der häuslichen Arbeiten und durch genossenschaftliche Restaurants die Umwandlung der Dienenden in freie häusliche Arbeiterinnen gefördert werden.

So schafft die Entwicklung der sozialen Verhältnisse im allgemeinen Tatsachen, deren Zusammenwirken mit den bewußten Bestrebungen der Hausangestellten als Klasse das sich gedrückt und verachtet fühlende Dienstmädchen in eine freie häusliche Arbeiterin verwandelt. Die Umwandlung wird vor sich gehen, wenn ihr auch noch so viele Steine in den Weg geworfen werden, weil äußere und innere zwingende Notwendigkeiten dafür vorhanden sind. Uhl.

### Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Die Unterzeichnete referierte in Frauenversammlungen in Suhl, Albrecht bei Suhl, Goldlauter, Stähendach, Heidesfeld, Erfurt, Heinrichs, Wenshausen, Pöbnitz und Schleusingen. Die Versammlungen waren gut besucht, was um so erfreulicher ist, als die kapitalistische Ordnung die proletarischen Frauen in Thüringen zu wahren Lasttieren macht. Die Referenzen werden in nächster Nummer eine Schilderung des Glanz finden, in dem diese Armen leben. In allen Versammlungen traten der Partei weibliche Mitglieder bei, denen die „Gleichheit“ obligatorisch geliefert wird. In Stähendach wurde ein Wahlverein gegründet, dem sich 30 Männer und 28 Frauen anschlossen.

Agnes Fahrenwald. Während der preussischen Landtagswahlbewegung sprach Genossin Zieg in einer Reihe von Versammlungen in der Provinz Schlesien. Versammlungen fanden statt in Breslau-Stadt und Breslau-Land je zwei in Altwasser, Rothenbach, Landesshut, Haynau und Liegnitz. Überall wurden die proletarischen Frauen auch auf die Bestimmungen des Reichvereinsgesetzes hingewiesen, die ihnen die Möglichkeit geben, Mitglied der sozialdemokratischen Vereine zu werden, und sie wurden aufgefordert, diesen beizutreten. Allerorten mit Erfolg. In Liegnitz gewann der sozialdemokratische Verein circa 100 Mitglieder, davon die Mehrzahl Frauen, in Haynau schlossen sich ihm etwa 30 an usw. Wo Frauenvereine bestanden, fanden Besprechungen statt, die den Übertritt derselben zur Partei vorbereiteten. Selbstverständlich wurde gleichzeitig und mit gutem Erfolg für die „Gleichheit“ und die örtliche Parteipresse agitiert. — Am 17. Mai fand am Grund des Reichvereinsgesetzes die erste Volksversammlung in Braunschweig statt, an der Frauen sich beteiligen konnten. Der große Saal und die Galerien des „Hofjägers“ waren dicht besetzt, und trotzdem die Versammlung morgens 11 Uhr tagte, war die Beteiligung der Frauen sehr hoch. Genossin Zieg referierte über den gegenwärtigen Wahlrechtskampf in Braunschweig, welches ein ähnlich reaktionäres Wahlrecht besitzt wie Preußen.

Die Agitation unter den Frauen in Württemberg wird in letzter Zeit eifrig betrieben. Die Parteiorganisation wie die Gewerkschaften lassen sich angelegen sein, Frauen als Mitglieder zu gewinnen und zur Mitarbeit herauszugeben. In einer öffentlichen Parteiverammlung in Stuttgart sprach Genossin Gränberg über „Die Erfahrungen einer Arbeitersekretärin“. Auf Grund ihrer eigenen Tätigkeit wies die Referentin nach, welche Umstände die Frauen des Proletariats zur Erwerbsarbeit und zum gewerkschaftlichen wie politischen Kampf treiben. Ihre mit großem Beifall aufgenommenen Worte endeten mit der Aufforderung an die Anwesenden, die proletarische Frauenbewegung in jeder Hinsicht kräftig zu fördern, damit sie immer besser ihre Aufgabe lösen könne, die Massen der werktätigen Frauen zum Kampf für Verbesserung in der Gegenwart und für volle Befreiung in der Zukunft zusammenzuschließen. — In Heilbronn sprach Genossin Hüglin in einer Versammlung des Fabrikarbeiter-

Für unsere Mütter und Hausfrauen

26

Die unsere Mütter und Säuglinge

Die unsere Mütter und Säuglinge

27

verbandes. Ihr Vortrag fand lebhaft Zustimmung und trug zur Stärkung der Organisation bei.

In Chemnitz fand Mitte Mai eine öffentliche Versammlung der Handelsangestellten statt, in der Genossin Jettin das Thema behandelte: „Der Klassenkampf im Handelsgewerbe“. Das Referat gab einen Überblick über die kapitalistische Entwicklung des Handelsgewerbes zum modernen Großbetrieb. Es beschäftigte sich dann eingehend mit der Lage der Handelsangestellten und würdigte dabei besonders die Rolle und Lage der Frauen im Handelsgewerbe. Den Schluss bildete der Nachweis, daß die Handelsangestellten durch ihre Lebensbedingungen gezwungen sind, den wirtschaftlichen wie politischen Klassenkampf des Proletariats mitzulämpfen. Nebenbei erfolgte auch eine Abrechnung mit den Deutschnationalen. Obgleich in der Versammlung Anhänger dieser reaktionären Organisation anwesend waren, leistete keiner von ihnen der mehrmaligen Aufforderung Folge, das Wort zu ergreifen. — In einer Volksversammlung zu Chemnitz sprach Genossin Jettin über „Wahlrechtskampf und Frauenstimmrecht“. Die Rednerin führte aus, daß das sächsische Proletariat den gefährlichen Humburg der reaktionären Wahlrechtsreform durch eine kraftvolle Wahlrechtsbewegung zu beantworten habe. Sie zeigte die Umstände auf, welche den Wahlrechtskampf des sächsischen Proletariats mit dem preussischen verbinden und bedingen, daß er als Klassenkampf geführt werden müsse. Das Proletariat sei gezwungen, in ihm alle Mittel anzuwenden, die sich aus seiner Klassenlage ergeben und unter den vorliegenden Umständen Erfolg versprechen. Eingehend begründete sie die Notwendigkeit, im Wahlrechtskampf die Forderung des Frauenwahlrechts mit allem Nachdruck zu vertreten. Die glänzend besuchte Versammlung bekräftigte ihre Übereinstimmung mit den Gedankengängen der Referentin.

Von den Organisationen. Der sozialdemokratische Wahlverein für Frauen in Altona hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Durch eine Hausagitation der Genossin hat er jetzt 650 neue Mitglieder gewonnen. Vorher war das Wahlflugblatt der „Gleichheit“ allgemein verbreitet worden, was sicherlich der Hausagitation gut zuzurechnen ist. Auch eine gut besuchte öffentliche Frauenversammlung, in der Genossin Wurm, die Frau unseres Landtagskandidaten, das Thema behandelte: „Die Landtagswahl und die Frauen“, führte unserem Wahlverein neue Mitglieder zu. In der darauffolgenden Mitgliederversammlung sprach Genossin Thomas über: „Die Lehren der Landtagswahl“. Die Versammlung beschloß, daß der Verein bis zum 30. Juni bestehen und am 1. Juli geschlossen dem sozialdemokratischen Verein beitreten solle, der bisher nur aus Männern bestand. Die Zeit des Wahlkampfes ist wie nie zuvor in systematischer Weise zur Agitation unter den Frauen ausgenutzt worden. Von dem neuen Recht, sich politisch zu organisieren, haben bis jetzt ungefähr 1100 Frauen Gebrauch gemacht. Sie werden mit den Genossen gemeinsam für die Befreiung des Proletariats wirken.

L. B. Dorothee Scharfhub Cracau †. Kaum hatten die Wagdeburger Genossinnen Emilie Mahn begraben, so kamen ihnen die Trauertunde aus Cracau, daß Genossin Scharfhub gestorben war. Dorothee Scharfhub war seit vielen Jahren in der Partei tätig und ließ sich besonders die Organisierung der proletarischen Frauen und Mädchen anlegen sein, und das schon zu einer Zeit, wo dieses Wirken noch weit mühevoller war als heute. Aber mochten die Schwierigkeiten groß, die Erfolge bescheiden sein: Genossin Scharfhub ließ nie den Mut sinken. Mit nie versagender Begeisterung war sie tätig, bis eine schleichende Krankheit sie aufs Schmerzenslager warf, von dem sie sich nicht wieder erheben sollte. Der Tod trat als Erlöser an ihr Krankenbett. Ihr Andenken wird bei ihren Kampfgenossinnen und Genossen lebendig bleiben. — Das Begräbnis der Genossin Scharfhub verlief nicht ohne Zwischenfall. Die roten Schläfen an den Kränzen des Frauenvereins und des Fabrikarbeiterverbandes schienen dem Gendarmen bedenklich und mußten auf sein Geheiß vor dem Betreten des Friedhofs entfernt werden. Derartige Maßnahmen erregen Gemüthsruhe der Bitterkeit und bringen den Indifferentesten zum Nachdenken.

Politische Rundschau.

Ein über Erwarten großer Erfolg hat die mühevollen Arbeit der preussischen Genossen in der Landtagswahlbewegung gelohnt. Nicht die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter, die im Dreiklassenhaus einziehen werden, bestimmt die Größe und die Bedeutung des Sieges. Die drücken sich in den Hunderttausenden von Urwählern, die am 3. Juni in allen Teilen Preußens sich öffentlich als Sozialdemokraten und Protestler gegen das Dreiklassenunrecht bekannt haben, die liegen in der Tatsache, daß es dem Proletariat, dem durch das dreigestaffelte Wahlsystem entrechteten, gelungen ist, in das Parlament der Besitzenden einzudringen. Das Privilegiatparlament sieht endlich Volksvertreter — Abgeordnete, die nicht auf Grund, sondern trotz des Kleinsten aller Wahlsystems gewählt worden sind. Die Stimme des Proletariats wird im preussischen Landtag gehört werden, auf der Tribüne dieses Hauses schmählichen Unrechts wird der Protest der Entrechteten gegen die Dreiklassenmacht ertönen, im Dreiklassenparlament selbst wird der Wahlrechtskampf seine Kämpen haben. Sie sind eins mit der proletarischen Wahlrechtsarmee und werden der Unverschämtheit preussischer Junker wie der Lüge preussischer Bourgeois gemachsen sein und es verstehen, auf einen Schelm an der Hand zu sehen.

Als Wahlrechtskampf hat die Sozialdemokratie den Wahlkampf geführt — vom Geiste des Wahlrechtskampfes

wird die Tätigkeit ihrer Vertreter im Landtag durchdrungen sein müssen. Denn der proletarische Teufel des 3. Juni läutet nur eine neue Epoche des Kampfes ums Wahlrecht ein, des harten Kampfes, in dem nicht mehr um einige Sitze im Dreiklassenhaus gefochten wird, sondern um seine Zerstörung.

Die Partei der „Niedergerittenen“ hat ihren Feinden gezeigt, was es mit den Hoffnungen auf den Rückzug der sozialdemokratischen Bewegung auf sich hat. Sie hat Beweise ihrer Kraft abgelegt, die es denkenden Gegnern unmöglich machen, das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1907 als ein Anzeichen von beginnender Entkräftung der Partei des Proletariats zu deuten. Schon der Umstand, daß die Sozialdemokratie diesmal in den Landtagswahlkampf in nicht wenigen Wahlkreisen ging, wo ihr 1903 noch eine Beteiligung unmöglich schien, daß sie selbst in den ländlichen Bezirken des Ostens den Kampf aufgenommen hat, daß sie das wagen konnte in einer Zeit der Krise, da der Überfluß an Arbeitskräften den Unternehmern die Maßregelung erleichtert: all das zeugt von der ungebrochenen Kraft der Partei, von ihrer fortschreitenden Erstarkung.

Vortrefflich hat sich Berlin bewährt, wo der 5., 6., 7., 9. und 11. Landtagswahlkreis im ersten Anlauf erobert worden sind, während im 12. Kreis und im Vorort Niddorf-Schöneberg die Gegner in die Stichwahl gedrängt wurden. In den anderen Berliner Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie erhebliche Widerheiten an Wahlmännern aufgebracht. Auch in der Provinz hat sie sich wacker und mit Erfolg geschlagen.

In dem Verhältnis der bürgerlichen Parteien zueinander findet zufolge des Wahlausfalls keine wesentliche Verschiebung statt. Sie lehnen in allgemeinen in alter Stärke in das Abgeordnetenhaus zurück. Das Übergewicht der Konservativen bleibt bestehen, die mit dem Zentrum eine liberale, offenschulfeindliche Mehrheit bilden können, mit den Nationalliberalen die Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht und gegen alle Arbeiterforderungen. Die Nationalliberalen sind die einzige Partei, die größere Verluste, eine Einbuße von einigen 12 Mandaten zu verzeichnen haben wird. Sie haben es schon durch die grundsätzliche Führung des Wahlkampfes mehr als verdient. Zentrum und Freisinnige haben freilich in diesem Punkte nicht weniger gefündigt. Ihnen sind die Chancen des Wahlschachers — denn Wahlkampf kann man den Handel nicht nennen — günstig gewesen. Das Zentrum gewinnt einige Sitze und der Freisinn bekommt Pfaster auf die Wunden, die er in Berlin davongetragen hat. Er wird anscheinend mit Ach und Krach wieder dieselbe Zahl von Mandaten erlangen, die er bisher gehabt. Aber die Stärke des Blockfreisinn befugt das gar nicht, da die neuen Mandate im Bunde mit Nationalliberalen und Konservativen erhandelt worden sind. Wo er kämpfen mußte, hat der „entschiedene Liberalismus“ versagt. Selbst unter dem plutokratischen Wahlrecht ist er von der Partei des Proletariats geschlagen worden.

Die Bedeutung der sozialdemokratischen Wahlsiege und des Vordringens des Proletariats wider die Wälle des Dreiklassenwahlrechts auf der ganzen Linie ist den Gegnern natürlich nicht verborgen. Sie verstehen wohl, daß sich darin ein hunderttausendstimmiger Protest gegen das Klassenunrecht kundgibt, daß eine gewaltige Massendemonstration für das gleiche Wahlrecht vor sich gegangen ist. Aber sie stellen sich, als wüßten sie das nicht, als glaubten sie, unser Ziel sei die Eroberung einiger Landtagsitze gewesen, und unsere Siege seien der Beweis, daß die preussischen Proletarier nicht entrechtet seien. Darüber zu reden, lohnt sich wahrlich nicht. Ebensovienig über das heuchlerische Gegeirne der Gegner über den sozialdemokratischen Terrorismus, dessen Bedeutung für das Wahlergebnis sie künstlich aufzupuffen versuchen. Die Arbeiterklasse, die in berechtigter Notwehr ihre wirtschaftliche Macht geltend machte, die jedes Mittel gebrauchen muß, um die Unhaltbarkeit dieses Wahlrechts den Herrschenden sinnfällig zu zeigen, hört mit dem Lächeln der Verachtung die verlogenen Deklamationen der gewohnheitsmäßigen Vergewaltiger ehrlicher Überzeugung. Und wenn im Dreiklassenlandtag Junker und Junkerengenossen das Vieh vom sozialdemokratischen „sozialen Kannibalismus“ aufnehmen sollten, das von der norddeutschen allgemeinen Regierungsweltel angeflimmert wurde, so werden ihnen unsere Vertreter eine wohlgespide Sammlung von Dokumenten um die Ohren schlagen können, in denen ungezählte Fälle von „sozialem Kannibalismus“ verzeichnet sind, welche die Stützen der preussischen Gesellschaft verübt haben.

Zwei große Soldatenmishandlungsprozesse vor dem Kriegsgericht der I. Garbdivision zu Berlin haben in diesen Tagen wieder einmal gezeigt, wie unfähig die Heeresverwaltung ist, den systematischen Schinderereien der Soldaten durch viehische Vorgefekte Einhalt zu tun. Jahrelang haben die Mishandlungen gedauert, ehe eines der Opfer eine Beschwerde wagte. Das System des Kadavergehorsams, das die Herrschenden nicht aufgeben wollen, weil sie das Heer als williges Instrument gegen die Arbeiterbewegung, den „inneren Feind“, zu erhalten trachten, muß immer wieder die infamen Früchte bestialischer Mishandlungen tragen.

Eine verbeßerte Fektion ist all denen erteilt worden, die an die Legende vom „neuen Mittelstand“ und an die Harmonie der Interessen von Angestellten und Unternehmern glauben. Die Fektion besteht in einem Ulaß des bayerischen Metallindustriellenverbandes, der die Verbände der technischen Angestellten und der Handlungsgehilfen in Verruf erklärt.

Die mecklenburgischen Junker haben ihren Landesherren den famosen „Verfassungsentwurf“ vor die Füße geworfen — die Ritterschaft denkt nicht daran, ein Titelchen

ihres Rechtes aufzugeben. In ihrer Verlegenheit hat dar aufhin die mecklenburgische Regierung den Landtag verlagert. Die mecklenburgischen „Liberalen“, die sich mit dieser Frage einer Verfassung zufrieden geben wollten, haben also durch ihre rührende Bescheidenheit nichts erreicht.

Der Besuch des Königs von England beim russischen Mörderzaren hat stattgefunden. Und das zu derselben Zeit, da die Galgen zu Warschau und Lodz nicht leer werden von den Leichen der Revolutionäre, die Folterungen und andere Grauel in den russischen Gefängnissen ungeschwächt fortbauern und die Pläne auf Erdrosselung der Freiheit Finnlands offen zutage liegen. Die englische Bourgeoisie hat indes im allgemeinen gegen den Besuch nichts einzuwenden. Die deutsche bürgerliche Presse verriet deutlich das Unbehagen, das die Regierung des Reiches angeht die „Einkreisung“ Deutschlands empfindet, die sich immer mehr vollzieht. Ein Blatt behauptet sogar, daß der Kaiser jüngst auf dem Döberitzer Truppenübungsplatz zu Behr der fremden Militärattache geäußert habe: „Nun, es sieht ja ganz so aus, als ob man uns einkreisen und stellen wollte. Das werden wir zu ertragen wissen. Der Germane hat nie besser gefochten, als wenn er sich nach allen Seiten hin wehren mußte. Sie sollen uns nur kommen. Wir sind bereit.“ Das Proletariat hat demnach allen Anlaß, auf der Friedenswacht zu bleiben.

Die russische Duma hat die Regierungsforderung auf Wiederaufbau der Flotte abgelehnt, wonach sich der Zar so lange richten wird, als es ihm gefällt.

In Galizien sind zu Czernikow von Gendarmen, Werkzeugen der Junker, aus nichtigem Anlaß mehrere Bauern erschossen und verwundet worden. — In Frankreich haben die Gendarmen der „rabulalen“ Regierung zu Draveil streifende Arbeiter gemeldet.

Osterreich studierende Jugend streift, weil die Regierung auf die Gebote der römischen Kirche hin dem modern-katholischen Professor Wahrmund das Halten von Vorlesungen verbot. Es ist nicht gerade eine imposante Art von Wissenschaft, deren Freiheit so verteidigt wird. Immerhin zeigen die Studenten Osterreichs doch etwas mehr Mut und Überzeugungseifer, als die reichsdeutschen.

In England macht die Arbeiterfrage gute Fortschritte. Die bis dahin der liberalen Fraktion angehörigen Parlamentsvertreter der Bergleute werden sich auf Grund einer Urabstimmung der Arbeiterpartei anschließen. 218 182 Bergleute stimmten für und 168 294 gegen den Anschluß. Die Arbeiterpartei gewinnt dadurch 13 Köpfe. Eine für den Anschluß günstige Resolution faßten die bislang rein-nationalistischen irischen Trade-Unions. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Nach der unlängst veröffentlichten Statistik der General-Kommission über die Kartelle der freien Gewerkschaften waren diesen 7777 Ortsvereine mit zusammen 1596000 Mitgliedern angeschlossen. Sehr bedauerlich ist es, daß einzelne Zahlstellen von Verbänden den am Orte bestehenden Kartellen nicht angehören. Ihr Verhalten läuft auf den Verzicht hinaus, die gewerkschaftlichen Aufgaben fördern zu helfen, die den Kartellen obliegen, und diese Aufgaben sind wahrlich keine geringen. Wir nennen davon: Unterstützung der örtlichen Agitation, Unterhaltung von Arbeitersekretariaten, Schaffung guter Herbergen und größerer Bibliotheken, Errichtung eigener Versammlungsräume und Gewerkschaftshäuser. Die Zahl der örtlichen Zahlstellen, die durch ihr Fernbleiben vom Kartell eine gewisse Kurzsichtigkeit bekunden, ist leider nicht gering, sie beträgt insgesamt rund 400. Nicht weniger als 76 von 350 Zahlstellen des Buchdruckerverbandes stehen zum Beispiel außerhalb der Kartelle. — Eigene Herbergen unterhielten 48 Kartelle gegen 86 im Vorjahr. Die Zahl der Kartelle, die noch sonstige besondere Aufwendungen für anständige Verherbergung der wandernden Arbeiter machten, ist von 236 auf 285 gestiegen. Eine erfreuliche Erscheinung, welche die Fürsorge bekundet, die die Kartelle den Proletariern zuwenden, die in der Mehrzahl der Fälle durch das Suchen nach einem Broterwerb zum Reisen oder „Walzen“ gezwungen werden. Gewerkschaftshäuser wurden von 33 Kartellen, Versammlungslöcher von 94 unterhalten. Die Zahl der Bibliotheken und Lesezimmer, welche von Kartellen eingerichtet worden sind, zeugen von dem Verständnis, welches diese dem Bildungsbedürfnis der Arbeiterschaft entgegenbringen. Die Statistik verzeichnet 374 Bibliotheken und 56 Lesezimmer. Diese Einrichtungen sind um so wertvoller, als bürgerliche Institute derart meist gerade in der Dardichtung des Bildungsstoffes versagen, dessen die Ausgeborenen bedürfen, um tüchtige Klassenkämpfer zu werden. Die Ausgaben der Kartelle betragen im Berichtsjahr 680000 Mk. Von diesem Betrag wurden ausgeben: 213000 Mk. für Auskunftsverteilung, Bibliotheken und Lesezimmer, 72600 Mk. für Versammlungsräume, 12400 Mk. für Herberge und Arbeitsnachweis, 65000 Mk. für Agitation, 134000 Mk. für Verwaltungskosten, 18000 Mk. für Streiks usw. 97000 Mk. von den Einnahmen der Kartelle wurden durch Sammlungen aufgebracht.

Kunde von dem brutalsten Terrorismus der Unternehmervände ist wieder einmal in die Öffentlichkeit gedrungen. Die Grubenbarone haben „in Wahrung gemeinsamer Interessen“ einen Geheimbund gegründet, dessen Satzungen klar den Zweck erweisen, die Arbeiter bedingungslos unter der Krute härtester Ausbeutung und brutaler Bevormundung zu halten. Durch Leistung eines Jahresbeitrags von 1 Mk. pro beschäftigten Arbeiter soll ein Fonds zur Entschädigung für bestreikte Grubenwerke angesammelt werden. Die vorgesehene Entschädigung wird jedoch nicht

ausgezahlt, wenn die Werkverwaltung nachgegeben und die Forderungen der Arbeiter auch nur teilweise bewilligt hat, ohne daß sie dazu die Zustimmung der Leitung des Unternehmerverbandes erhielt. Dieser Bestimmung liegt natürlich nur die Absicht zugrunde, recht schwere Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern herbeizuführen, Kämpfe, in denen die Arbeiterorganisationen aufgerieben werden sollen. Noch schändlicher sind die Festlegungen, daß während der Dauer eines Ausstandes und innerhalb der nächsten drei Monate nach ihm kein Streikender von einem der organisierten Betriebe in Arbeit genommen werden darf, und daß Arbeiter, die vereinzelt kontraktbrüchig geworden sind, sechs Monate lang nicht eingestellt werden sollen. Verbandsmitglieder, die diesen Satzungen zuwiderhandeln, verfallen in eine Strafe von 1000 Mk. für jeden einzelnen Fall. Werden die Grubenbarone die geplante Ausbagerungsaktion ungehindert verfolgen können? Wichtige Frage wird jeder sagen, der die Kapitalistenklasse und den Kapitalistenstaat kennt. Gesetzgeber, Gerichte und Behörden haben vollauf damit zu tun, die „berechtigten Interessen“ des Unternehmertums zu schützen und den „Ordnungsstörungen“ der Arbeiter beim Streikposten stehen, ihren „Terrorismus“ gegenüber Arbeitswilligen zur „verdienten“ Bestrafung zu bringen. Die Herren Kapitalisten dürfen ungehindert, unter dem wachsamem Auge der Staatsgewalten die Staatsbürger- und Menschenrechte des Proletariats mit Füßen treten. Der Arbeiterklasse bringt die ebenso tückische als gewalttätige Kampfweise der organisierten Scharfmacher allerdings einen Gewinn, der nicht gering zu schätzen ist. Sie öffnet auch dem Stumpfsinnigsten die Augen darüber, mit welcher Skrupellosigkeit die ausbeutende Minderheit den Klassenkampf bewußt führt und der „Nackter Staat“ ihre Geschäfte besorgt. So sorgen die Nutznießer der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft und ihre Schützer selbst dafür, daß das Heer der Arbeiter und Arbeiterinnen wächst, die gewerkschaftlich und politisch gegen die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen kämpfen. Daß aber die Bäume der Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen, dafür haben die festgefügtten Gewerkschaftsorganisationen der Proletarier schon manchemal gesorgt, und sie werden auch in Zukunft dafür sorgen. Die Grubenbarone können schon heute Gift darauf nehmen!

In der Textilindustrie haben die Lohndifferenzen noch nicht abgenommen. Sie dauern unter anderem in der Wirkerei des sächsischen Erzgebirges fort. Etwa 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen sollen dort in der Bewegung stehen, in Thalheim allein sind 2000 Personen ausständig. — In Badisch-Rheinfelden haben italienische Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit eingestellt, die Zustände in der dortigen Textilindustrie müssen also hochgradig miserable sein. In einer Bandfabrik in Krefeld und in einer Spitzenweberei in Zwickau hat die kapitalistische Profitgier die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getrieben.

Die weltberühmte Schokoladefabrik von Stollwerck in Köln verdient wegen ihrer Arbeiterinnenlöhne einen besonderen Ruf. Sie zahlt in vielen Fällen sage und schreibe 6 Mk. pro Woche! Kein Wunder, daß das Werk rund 1 1/2 Millionen Reingewinn erzielte und nach erheblichen Abschreibungen das Stammkapital noch von 14 auf 16 Millionen Mark erhöhte. Alle sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen des Unternehmens machen nicht wett, was den Arbeiterinnen mittels von Hungerlöhnen entzogen wird. Die Arbeiterinnen müssen sich durch die gewerkschaftliche Organisation eine Bezahlung erobern, auf die sie Anspruch erheben können.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinen in Berlin hat mit Unterstützung der sozialdemokratischen Wahlvereine circa 20000 Unterschriften von Geschäftsinhabern für Einführung des Achtuhrladenschlusses gesammelt. Damit haben sich zwar über ein Drittel, jedoch noch nicht zwei Drittel der Geschäftsinhaber für den Achtuhrladenschluß an Verträgen erklärt. Der Polizeipräsident gibt daher bekannt, daß er eine Abstimmung über die geforderte Reform anordnen will. Vielleicht, daß nun endlich auch in der Hauptstadt Berlin mit samt Vororten eine Maßregel durchgeführt wird, die anderorts schon längst zum Wohle der vielgeplagten Handlungsgehilfen und -gehilfinen in Kraft steht.

Der vierte Verbandstag der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Buch- und Steindruckereien hat Anfang Juni in München getagt. Die Entwicklung der genannten Organisation ist für unsere Leserinnen von besonderem Interesse. Sie ist zum sehr großen Teil Frauenwerk: die Leitung des Verbandes ruht in den Händen von Genossin Paula Thiede, die sich durch ihre energische und geschickte Tätigkeit hervorragendes Verdienst um die Aufklärung und Organisierung der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Arbeiterschaft, der Arbeiterinnen vor allem, erworben hat. Ihr Wirken wird durch die tüchtige Mitarbeit einer Reihe von Kolleginnen unterstützt, die zumal in Berlin gewerkschaftlich tätig sind. Der Erfolg zeigt sich in dem Aufblühen des Verbandes und in der Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen, die er für die Berufsgenossinnen bereits durchgesetzt hat. Der Stand der Organisation und ihre Betätigung bezeugen mit aller Deutlichkeit die Befähigung der Arbeiterinnen, auf allen Gebieten des gewerkschaftlichen Lebens als Gleichberechtigte und Gleichwertige mit den Männern zusammenwirken zu können, sie bezeugen andererseits aber auch die Vorteile, welche für die Gewerkschaft aus der Heranziehung der Frauen zu allen Arbeiten erwachsen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß alle die Frauen, die innerhalb des Verbandes Treffliches leisten, aus den Reihen der organisierten Arbeiterinnen

hervorgegangen sind. Ihre Schulung haben sie in der Gewerkschaft und durch sie erhalten wie durch die Unterrichtskurse, welche von der Generalkommission und der Frauengewerkschaftskommission in Berlin eingerichtet worden sind.

Der Verband hat in den letzten Jahren glänzende Fortschritte gemacht. Die Einführung von Staffelbeiträgen und Zuschuß zum Krankengeld haben wesentlich dazu beigetragen. Die Zahl der Mitglieder ist seit 1905 von 8068 auf 14188 gestiegen, unter denen sich mehr als 8000 Arbeiterinnen befinden. Der Verband hat sich mit Erfolg die Einführung von Tarifverträgen angelegen sein lassen. Zu tariflichen Bedingungen arbeiten in 765 Buchdruckereien 6702 Mitglieder und 1600 unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, in 150 Steindruckereien 2850 Mitglieder und 815 Unorganisierte, die ernten, ohne gesät zu haben. Der Verband vereinnahmte 466 503 Mk. und verausgabte 390 397 Mk., davon für die Agitation 16 891 Mk. An Unterstützungen zahlte er aus: an Kranke 29 596 Mk., an Arbeitslose 41 239 Mk., an Streikende 54 437 Mk., an Gemahregelte 4674 Mk. Diese Summen lassen erkennen, welche wertvolle Stütze die Mitglieder in Zeiten der Not und des Kampfes an ihrer Gewerkschaft hatten. Die Agitation unter den Arbeiterinnen war mühevoll und wurde leider in manchen Fällen durch die Haltung von Maschinenmeistern und Angehörigen des Senefelderbundes erschwert. Der letztere bedauerliche Umstand wurde in den Verhandlungen von verschiedenen Delegierten gerügt. In ihrem Referat über „Tarif- und Lohnbewegung“ zeigte Genossin Thiede die Gründe, welche den Verband veranlassen, tarifliche Abmachungen zu erstreben. Wenn durch diese auch noch nicht alle berechtigten Forderungen durchgesetzt seien, so doch schon anerkennenswerte Verbesserungen. Bei tariftreuen Firmen dürfen zum Beispiel jugendliche Arbeiter nicht mehr an Litzelpressen, Arbeiterinnen nicht mehr an Maschinen mit Fußbetrieb beschäftigt werden. Sillier, der Vorsitzende des Lithographen- und Steindruckerverbandes befürwortete zum Zwecke des nötigen Zusammengehens der verschiedenen Berufsgruppen im graphischen Gewerbe die Gründung graphischer Kartelle. Ihre Tätigkeit arbeitet dem Zustandekommen eines Industrieverbandes für das graphische Gewerbe vor, den der Redner für dringend nötig erachtet. Der Vorsitzende des Buchbinderverbandes, Kloth, sprach sich später in ähnlichem Sinne aus. Die zur Annahme gelangte Resolution der Referentin besagt, „der Abschluß der allgemeinen Bestimmungen in Leipzig mit örtlicher Lohnregelung wird als ein bedeutender Schritt zur allgemeinen Tarifreform anerkannt und begrüßt“. Diese Bestimmungen sollen durch eine planmäßige Agitation in möglichst allen Zahlstellen zur Durchführung gebracht werden. Wo Tarife bestehen, sind Arbeitsniederlegungen ohne Innehaltung der Kündigungsfrist unbedingt zu vermeiden, die Einberufung eines Schiedsgerichts hat der Arbeitseinstellung vorauszugehen, und diese kann nur mit Zustimmung des Verbandsvorstandes erfolgen. Die Bildung örtlicher graphischer Kartelle ist zum Zwecke der Verständigung und des gemeinsamen Vorgehens der organisierten Arbeiterschaft aller Berufe im graphischen Gewerbe empfehlenswert, doch dürfen solche Kartelle nicht auf eigene Faust Lohnbewegungen veranlassen. Die Schaffung eines eigenen Tarifamts wird als Notwendigkeit erachtet. — Genossin Hanna erstattete ein ausgezeichnetes Referat zum Punkte Agitation. Sie wies darauf hin, wie viel der Verband noch leisten müsse, einmal um die noch außer seinen Reihen stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu organisieren, zum anderen Male um die tariflichen Abmachungen überall einzuführen und neue Verbesserungen durchzusetzen. Ihr Vortrag gipfelte in der Forderung, Deutschland in zehn Agitationsbezirke einzuteilen und einige besoldete Agitationsleiter anzustellen. Nach einer lebhaften Debatte beschloß der Verbandstag in diesem Sinne. Die Agitationsleiter sollen in erster Linie für Rheinland-Westfalen und den Osten angestellt werden. — Mancherlei Wünsche und Anregungen wurden betreffs der Ausgestaltung des Verbandsorgans, der „Solidarität“, laut, die bis jetzt im Nebenamt von Genossen Pucher redigiert worden ist. Die feste Anstellung und Besoldung des Redakteurs wurde als Grundlag des Ausbaues der „Solidarität“ erachtet, die künftighin achtstägig erscheinen soll, damit sie Fragen des gewerkschaftlichen Lebens, der Sozialpolitik usw. erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden kann. Die beantragte Schaffung einer Romanbeilage für die weiblichen Mitglieder wurde abgelehnt, nachdem sich die Vorsitzende scharf dagegen gewendet hatte. Diese machte geltend, die „Solidarität“ solle in erster Linie der fachgewerkschaftlichen Schulung der Mitglieder dienen, für ihre übrigen Interessen biete die Parteipresse und die „Gleichheit“ die Hülle und Fülle. — Der Verbandstag beschloß einige wichtige Statutenänderungen, die nach dem einleitenden Referat des Genossen Ledahl in einer besonderen Kommission beraten worden waren. Die Wöchnerinnen erhalten eine einmalige Unterstützung in der Höhe von 10 Mk., Schwangere, die infolge ihres Zustandes keine Arbeit mehr bekommen, erhalten Arbeitslosenunterstützung. Der Bezug des Zuschusses zur Krankenunterstützung wurde auf fünf Wochen beschränkt. Streikunterstützung wird nicht bezahlt, wenn der Ausstand nicht länger als drei Tage dauert, sie darf zwei Drittel des Wochenlohnes und im Höchsthalle 16 Mk. nicht übersteigen. Für die örtlichen Verwaltungskosten verbleiben den Zahlstellen 7 Prozent der Beiträge. Dem Vorstand wurde ein Antrag zur Berücksichtigung überwiesen, internationale Beziehungen zu pflegen. Der Gründung eines Industrieverbandes soll nähergetreten werden, sobald die Verhältnisse es erlauben. Genossin Thiede wurde als Vorsitzende, Genosse Ledahl als Kassierer, Genosse Pucher als Redakteur wiedergewählt. Der nächste Verbandstag soll in Bremen abgehalten werden. W. K.

### Notizenteil.

#### Dienstbotenfrage.

Die Gründung eines Vereins der Hausangestellten zu Stuttgart erfolgte in einer zweiten öffentlichen Dienstbotenversammlung, die am 14. Juni im Gewerkschaftshaus stattfand. Genossin Duncker hielt ein Referat, in dem sie die für Württemberg geltende Gesinnsordnung einer Kritik unterzog und an der Hand von Berichten des Stuttgarter Arbeitersekretariats nachwies, daß die Verhältnisse der württembergischen Dienstboten nicht minder der Verbesserung bedürfen, wie die der häuslichen Arbeiterinnen in den übrigen deutschen Staaten. In der lebhaften Diskussion sprachen wieder verschiedene Mädchen, Eins derselben, Fräulein Stelzing, wies darauf hin, daß sich keine ihrer Berufsgenossinnen durch ihre verhältnismäßig besseren Arbeitsverhältnisse von dem Beitritt zur Organisation abhalten lassen dürfte. Gerade die besser gestellten Mädchen müßten den Arbeitsschweßern, die nicht viel Bewegungsfreiheit haben, mit gutem Beispiel vorangehen und treu mit ihnen zusammenhalten, kurz das Solidaritätsgefühl betätigen. Genossin Hüglin und Genosse Räther versicherten den Mädchen, daß sie nicht zu befürchten brauchten, die Herrschaft erfahre etwas von ihrer Zugehörigkeit zum Verein. Es werde alles getan, damit den Mädchen darauf keine Unannehmlichkeiten erwachsen. Die Mitglieder, die ihre Zeitung nicht an die Adresse der Herrschaft geschickt haben möchten, können beim Arbeitersekretariat, Eßlingerstraße 19, eine Deckadresse angeben, etwa die des Krämers usw., an welche dann die Zeitung und das Mitgliedsbuch gesandt wird. Über 50 neue Mitglieder traten der Organisation bei, die nunmehr schon mehr als 100 Hausangestellte umfaßt.

Zu einer Mitgliederversammlung des Vereins der Dienstmädchen, Wäscherinnen und Schenkerfrauen von Hamburg und Umgebung am 11. Juni sprach Genossin Zieg über „Die Pflichten und Rechte der häuslichen Arbeiterin“. In der Diskussion stimmten Fräulein K., Fräulein Kollf., Fräulein Petri, Fräulein Köhr, Frau Gilowski und Frau Schönfeldt den beifällig ausgenommenen Ausführungen der Referentin zu. Fräulein Sch. und Fräulein Köhr wurden zu Revisorinnen gewählt, da eine Revisorin ihr Amt wegen Abreise niedergelegt hat. Zwei neue Mitglieder traten dem Verein bei. Fräulein K. bedankte sich für einen ihr vom Verein zugegangenen Glückwunsch. Die Versammlung entsandte die Genossinnen Zieg und Köhr zum Gewerkschaftskongress. Das nächste gemächliche Zusammensein findet am 28. Juni, 4 Uhr nachmittags, in Wellingsbüttel statt. Treffpunkt: Osdorf, Endstation der Straßenbahn. Der Bericht über die Versammlung vom 13. Mai enthält einen Irrtum. Fräulein Matthies soll stundenweise im Bureau beschäftigt werden.

Berta Mangel

Falsche Freunde und offene Feinde. Die prächtig erblühende klassenbewußte Dienstbotenbewegung hat in der bürgerlichen Frauenwelt gemischte Empfindungen ausgelöst. Ein Teil der Damen gefällt sich darin, mit einem Male eine honig süße, überquellende Zuneigung für die „lieben“ dienstbaren „Mitschwestern“ zu bekunden. Die Liebe ist verbunden mit einer fieberhaften Tätigkeit, um die „braven Mädchen“ in Vereinen zu organisieren, die die gesellige Unterhaltung pflegen und die Mitglieder vor drohenden schädlichen Einflüssen bewahren sollen. Darüber hinaus verfolgen diese Vereinigungen den erhabenen Zweck, die sozialen Gegensätze zu mildern und die tiefe Kluft zwischen „Herrschenden“ und „Dienstboten“ zu überbrücken. Natürlich erfordert nicht bloß das geistige Ideal, sondern auch das Beste der Dienstmädchen, daß Damen von waschechter bürgerlicher Gesinnung die Leitung der betreffenden Organisationen in der Hand haben. Es wirkt um so auffallender, daß bürgerliche Kreise mit einemal ihr Herz für die Dienenden entdecken, als es lange, lange Jahre den Herrschenden nicht eingefallen ist, sich irgendwie um die Lage und das Wohlergehen ihres Gesindes zu kümmern. Ihr stürmischer Liebes- und Tätigkeitsdrang datiert von dem Tage an, wo die sozialdemokratische Aufklärung unter den Dienstboten einsetzte und eine moderne Kampfesorganisation schuf. Einem anderen Teil der bürgerlichen Damenwelt geht im Gegensatz zu ihren klügeren Klassengenossinnen das Gefühl mit dem Verstand durch. Sie können es nicht verwinden, daß die ehemals so untertänigen Hausklaven sich vermaßen, Forderungen zu stellen und selbständig ihre Lage zu verbessern zu wollen. Sie speien Gift und Balle gegen die junge Dienstbotenbewegung und können es auch ihren bürgerlichen Schwestern nicht vergeben, daß diese einen vermeintlichen „Humanitätsduffel“ betätigen. In ihrem Zorn begreifen sie nicht, daß hinter dem „Humanitätsduffel“ in der Hauptsache nichts steckt, als eine kluge, ja raffinierte Wahrung der Ausbeutungs- und Herrschaftsinteressen der Besitzenden. Der in unserer Zeit besonders in Großstädten wirklich vorhandene Mangel an Mädchen ist nicht gerade geeignet, die grimmigen Gegnerinnen der Dienstbotenbewegung zu entwaffnen. Fast täglich findet man in den Blättern für „Jedermann aus dem Volke“ wilde Ausbrüche überlosender, schäumender Hausfrauenseelen über das Sodomlosigkeit der begehrlichen Dienstboten in besonderen. Da wird an die gute alte Zeit erinnert, wo die Dienstboten noch sitzhaft und bescheiden, ehrerbietig und zufrieden waren. Alle Tugenden der Welt werden den früheren Idealmädchen nachgerühmt, während sich die schlechten Eigenschaften der heutigen „vollkommen verdorbenen und verwöhnten“ häuslichen Gehilfinnen bergehoch aufzürmen. Den Gesang glauben nur Leute, denen alle geschichtlichen Kenntnisse ab-

gehen. Die alten Chroniken verzeichnen genau dieselben Klagen der Hausfrauen über die dienstbaren Geister, die wir heute hören. Und die bejammerten Untugenden messen die Herrschaften mit zweierlei Maß. Daß man Dienstmädchen der Unehrlichkeit bezichtigt, kommt ebenso oft vor, wie daß Damen aus höheren und höchsten Kreisen in Berliner Warenhäusern bei verbotenen Griffübungen ertappt werden. Das Volk stiehlt, Angehörige der oberen Kreise leiden an „Aptomanie“. Weder listige Fürsorgeheulei noch giftiges Keifen wird die immer weiter greifende Aufklärung unter der gedrückten Arbeiterinnschicht aufhalten. Die Dienstbotenbewegung kämpft im Zeichen der Kultur, des Fortschritts, und Fortschritt und Kultur haben noch stets gesiegt.

E. U.

### Frauenstimmrecht.

**Ohne frauenrechtlerische Maske**, als offene Reaktionsnarrin hat kürzlich in Wien die bekannte finnische Vorkämpferin für das Frauenstimmrecht, Baroness Grippenberg (auch Gripenberg geschrieben), gesprochen. Nicht genug damit, daß sie das Frauenstimmrecht losgelöst von allen sozialen Zusammenhängen und politischen Erscheinungen betrachtete. Sie sprach von dem Kampf des finnischen Volkes für die Erhaltung seiner nationalen Freiheit und Selbständigkeit als von „abnormalen politischen Zuständen“ und ließ deutlich durchblicken, daß sie ihn als eine bedauerliche Erscheinung werte. Und dies, obgleich diesen „abnormalen politischen Zuständen“, obgleich dem Ringen der Finnen gegen den zarischen Despotismus zusammen mit der russischen Revolution es zu danken ist, daß Finnland die demokratischste Verfassung und mit ihr das allgemeine, aktive und passive Frauenwahlrecht erhalten hat. Aber gerade daß die finnische Verfassung so demokratisch, daß das Frauenwahlrecht ein allgemeines ist, geht Alexandra von Grippenberg offenbar gegen den Strich ihrer reaktionären Gesinnung, ihrer Klasseninteressen als Angehörige der besitzenden Minderheit. Ihre aristokratischen Angeln tränen ob des „nicht wünschenswerten Resultats“, daß nicht bloß „gebildete Damen“ in dem finnischen Landtag sitzen, sondern auch — furchtbar zu sagen: ein Dienstmädchen, eine Wäscherin und andere Viebejerinnen. Euer Gläschen, Frau Nachbarin, der Baroness wird schwach, der „Ludergeruch der Revolution“, der Armeuteilgeruch schändet das Parlament! Vor der Einführung des Frauenwahlrechts konnte man es auch von Alexandra von Grippenberg anders hören. Da sprach und schrieb sie nicht von „gebildeten Frauen“ und Dienstmädchen, Wäscherinnen usw. Da klopfte ihr Herz nur in leidenschaftlicher Liebe für die eine, große Schwesternschaft aller Frauen. Komisch berührt übrigens die Selbstgefälligkeit, mit der die Dame sich als gebildet spreizt. Auf mehr als einem internationalen Kongress der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen hat sie sich durch das außergewöhnliche Maß von Borniertheit und Unwissenheit hervorragen, mit welcher sie den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz bekämpfte. Wie in dieser wichtigen Frage, so enthüllt sie sich nun auch in der des Frauenwahlrechts als eine typische Vertreterin reaktionärer Interessen. Ihre Ausführungen beleuchten scharf, daß es einem großen Teil der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen bei ihrem Kampfe nur um das Vorrecht der Damen, nicht aber um das Recht des gesamten weiblichen Geschlechts zu tun ist. Sie lassen aber auch hervortreten, daß die Zuerkennung des Wahlrechts an die Frauen die ideologischen Phrasennebel zerreißt, welche die Interessengegensätze zwischen den Proletarierinnen und den Frauen der besitzenden Klassen verhüllen. Die politische Gleichberechtigung läßt auch in der Frauenwelt den Klassenkampf in aller Schärfe zur Entfaltung kommen. Das Verbot von der einen großen Schwesternschaft verstummt, sobald die Frauen gleichgerüstet wie die Männer an den politischen Kämpfen ihrer Klasse teilnehmen.

**Die Breslauer Frauenrechtlerinnen im Landtagswahlkampf.** Die Breslauer Gruppe des Verbandes für Frauenstimmrecht hatte sich an die bürgerlichen Kandidaten des Breslauer Stadtwahlkreises zum preussischen Landtag mit folgender Doppelfrage gewendet: „Was gedenken Sie im Falle Ihrer Wahl für die Mädchenschulreform zu tun, und treten Sie für die Forderung des aktiven und passiven Wahlrechts der Frauen zu allen gesetzgebenden Körperschaften ein?“ Charakteristisch ist, was die drei bisherigen Abgeordneten antworteten, die wieder kandidierten. Der Zentrumsmann und Volksschullehrer Zieschke drückte sich mit einem Wortspiel um die ihm offenbar recht peinliche Frage herum. Er schrieb: „Rechte Frauen sind mir lieber als die Rechte der Frauen!“ Die beiden Konservativen aber bekräftigten sich einer anerkennenswerten Offenheit. Major Stroher, der warme Freund der Prügelstrafe, antwortete: Die konservative Partei würde zwar, wie schon Bebel gesagt hat, den meisten Nutzen von der sich politisch betätigenden Frau haben, denn die Frauen sind konservativer als die Männer; aber trotzdem sind wir gegen die Gewährung politischer Rechte an die Frauen.“ Und der freikonservative Mathematiker Dr. Wagner erklärte mit kategorischer Kürze: Die Frauenstimmrechtsfrage ist einfach und indisputierbar.“ Die Gruppe der drei liberalen Kandidaten hielt es wieder mit ihrer geliebten Schaukelpolitik. Der nationale liberale Bahnhofsvorsteher Wünsch und der freilichtnige Volksparteiler und Volksschullehrer Kapuste lehnten zwar mit herablassender Güte das Frauenstimmrecht nicht gerade prinzipiell ab, hielten aber „unter den gegebenen Verhältnissen ein Eintreten für das Frauenstimmrecht als unausführbar“. Der dritte, der Freisinnige Professor Gurich, versprach zwar, daß er für „eine ernsthafte Bearbeitung“ der Frauenstimmrechtsfrage eintreten werde, aber

auch er erachtete sie für „noch nicht spruchreif“. Zu dem Ergebnis der Anfrage schrieb die Vorsitzende der Ortsgruppe des Frauenstimmrechtsverbandes: „Angesichts dieser Antworten bin ich nun von den Frauen oft in den letzten Tagen gefragt worden: Sollen wir unter diesen Umständen uns denn überhaupt für die Wahlen interessieren? Sollen wir nicht unsere Männer beeinflussen, sich von der Wahl fernzuhalten, da es für uns Frauen ganz gleichgültig ist, welcher der Herren gewählt wird, und da keiner daran denkt, den Frauen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen?“

Die einzig richtige und konsequente Antwort für die Fragerinnen wäre gewesen: Fördert nach euren Kräften die Wahl der drei sozialdemokratischen Kandidaten, denn diese sind nicht bloß durch ihr allgemeines Parteiprogramm verpflichtet, für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts einzutreten, sondern sie führen im Augenblick einen energischen Kampf für ein demokratisches Wahlrecht, welches das Frauenwahlrecht in sich begreift. Was tat aber anstatt dessen die Vorsitzende? Sie forderte trotz allem die Frauen auf, für die Wahl der drei Liberalen zu agitieren. Diese jeder Konsequenz baren Aufforderung bemäntelte sie mittels eines Optimismus, der nicht gerade von jener politischen Reife zeugt, die man von einer „Führerin“ einer sozialen Bewegung doch erwarten sollte. Die Dame ging von der Voraussetzung aus: Die drei Liberalen sind Anhänger des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts. Wer dieses Wahlrecht will, der vertritt das Prinzip der Gerechtigkeit, und wer erst einmal gerecht denken gelernt hat, der muß auch bald die Schlussfolgerung ziehen, daß es inkonsequent ist, die Frauen vom allgemeinen Stimmrecht auszuschließen. Das klingt sicher recht hübsch, trifft aber, wie männiglich bekannt, nicht zu. Zunächst sind heute die Nationalliberalen nicht Vorkämpfer, sondern Gegner des allgemeinen Wahlrechts für Preußen, sie fordern ein Pluralwahlrecht, das heißt ein Vorrecht für den Besitz. Die Freisinnigen aber bekennen sich wohl im Prinzip zu dem allgemeinen Wahlrecht, in der Praxis jedoch lassen sie es schändlich im Stich, wie ja gerade das Verhalten der „unentwegten“ Blodbrüder im Wahlkampf neuerlich bestätigt hat. Was aber die Haltung aller Liberalen, die Freisinnigen einbezogen, zum Frauenwahlrecht anbelangt, so haben sie bis heute nicht die von den Frauenrechtlerinnen erwartete Konsequenz des demokratischen Prinzips gezogen. Die Antworten der drei liberalen Breslauer Kandidaten zeigen das deutlich und sind auch von den fragenden Frauenrechtlerinnen richtig verstanden worden. Das rührende Hoffen und Harren ihrer Führerin auf eine sogenannte Konsequenz der Herren erscheint daher dem frauenrechtlerischen Standpunkt gegenüber als politisch kindliche Unkonsequenz. Diese Unkonsequenz gegen das frauenrechtlerische Prinzip entpuppt sich jedoch als Konsequenz der bürgerlichen Klasseninteressen. Auch in Breslau hört für die radikalsten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen die Forderung des „Menschen- und Bürgerrechts des weiblichen Geschlechts“ auf, wo die Vertretung der bürgerlichen Klasseninteressen beginnt. Die Damen ertragen lieber ihre Rechtslosigkeit als die volle politische Gleichberechtigung der besitzlosen Massen, als die Stärkung der Macht der Sozialdemokratie, welche die Aufhebung aller Klassenprivilegien durch die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft vorbereitet. e. k.

**Eine große Demonstration für die Einführung des beschränkten politischen Frauenstimmrechts in England** haben die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen am 13. Juni in London veranstaltet. Es nahmen zahlreiche Delegationen von frauenrechtlerischen Organisationen aus der Provinz an ihr teil, ebenso Abordnungen von Gesinnungsgenossinnen aus Frankreich, Österreich-Ungarn, den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Südafrika. Im Demonstrationzug, der von 15 Musikkorps begleitet wurde, marschierten 10 000 Frauen. In der Albert Hall fand ein Riesentreffen statt, welches erklärte, daß die Frauen das politische Wahlrecht fordern. So wenig Zustimmung das enge, egoistische Ziel verdient, daß die englischen Frauenrechtlerinnen ihrem Kampfe geseht haben: das beschränkte Frauenwahlrecht, so viel Anerkennung muß der unermüdblichen Energie, der rüchhaltigen Hingabe gezollt werden, mit der sie kämpfen.

### Landarbeiterfrage.

**Heber die arbeitsscheuen Landarbeiterfrauen** hat sich kürzlich eine Gutbesitzerin in Königsberg entrüstet. Dort wurde eine Provinzialabteilung des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege gegründet. Diese Organisation, die von den Agrariern im Weisheit der obersten Behörden ins Leben gerufen worden ist, soll in erster Linie der Landarbeiterflucht entgegenarbeiten. Um diese Aufgabe zu erfüllen, will sie sich bemühen, die „Klassengegensätze auf dem Lande zu mildern“ und „ein auf gegenseitige Unterstützung gegründetes harmonisches Verhältnis“ zwischen Gutbesitzern und Landarbeitern herbeizuführen. In der Sitzung zur Gründung der Provinzialabteilung in Königsberg, an der die Gutbesitzerin Frau Böhm-Lampard teilnahm, unterhielten sich die hohen Herrschaften auch über die Ursachen des Arbeitermangels auf dem Lande. Dabei sagte die genannte Dame: „... Das treibende Element bei der Abwanderung sind mehr die Frauen als die Männer, da jene in der Stadt bequemer zu wirtschaften glauben und sich scheuen, zur Arbeit zu gehen.“ Man sieht, die Damen der agrarischen Kreise urteilen über die proletarischen Verhältnisse mit genau dem gleichen Unverständnis, von dem gleichen Klassenstandpunkt aus, wie die Herren Agrarier selbst. Gewiß sind vielfach die Frauen das „treibende Element“ der Abwanderung, aber nicht aus Faulheit, wie die edle Dame meinte, sondern weil auf ihnen das Joch der Ausbeutung noch viel stärker lastet als

auf den Männern. Sie besitzen auch manchmal mehr Lebensmut und Einsicht in die Verhältnisse als die letzteren und bäumen sich ganz besonders dagegen auf, daß den Kindern das gleiche traurige Los beschieden sein soll wie den Eltern. Es ist nur zu begrüßen, daß die Landarbeiterfrauen sich „scheuen, zur Arbeit zu gehen“, denn ihre Aufgaben liegen nicht auf dem Felde und in der Scheune des Zunlers; in ihrem oft gar traurigen Heim haben sie gerade genug zu tun. Müßen diese Frauen nicht den Haushalt führen und die Kinder erziehen? Frau Böhm wird wohl wissen, daß sie sich keine Kammern und Gouvernanten halten können, wie die „vornehmen“ Damen, die so faul sind, daß sie sogar ihre Mutterpflichten nicht erfüllen, sondern ihre Kinder aus lauter Scheu vor der Arbeit Mietlingen überlassen. Wenn die Kinder der Arbeiter verwahrlosten, dann entrüstet sich die gutgefinnte Sippe über die Mütter. Wie sollen diese aber wahrhaft Mütter ihrer Kinder sein, wenn sie tagaus tagein für die Vermehrung fremden Reichtums schaffen müssen? Die Proletarierinnen können an der angeführten Äußerung erkennen, wie gut es mit ihnen die Damen der obersten Zehntausend meinen, die sich als Führerinnen und Vormünderinnen der „armen Schwestern“ berufen fühlen. C. M.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**I. K. Von der sozialistischen Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten.** Die amerikanischen Genossinnen haben den Jahreskongress der Sozialistischen Partei zu Chicago dazu benutzt, um durch eine Reihe von Versammlungen eine recht energische Agitation zu entfalten. Bei den Parteigenossen selbst sollte dadurch größeres Verständnis erweckt werden für die Notwendigkeit und die Aufgaben der sozialistischen Frauenbewegung, so daß sie die Frauen als vollberechtigte Mitkämpferinnen in der Emanzipationsbewegung des Proletariats werten lernen. Außerdem verfolgten die Genossinnen den noch wichtigeren Zweck, den Massen und den regierenden Klassen zu zeigen, daß die Frauen des arbeitenden Volks entschlossen sind, mit ihren Brüdern Seite an Seite für die Befreiung ihrer Klasse zu kämpfen. In einer Versammlung wurde lebhaft darüber debattiert, was zu tun sei, um die noch indifferenten Frauen aufzurütteln und zur Bewegung heranzuziehen. Trotz der Bedenken einiger Genossinnen, daß besondere Organisationen der Frauen zu Sonderbändelei und Quertreiberei führen könnten, ward beschlossen, ein sozialistisches Frauenkomitee einzusetzen, das die Agitation unter den Frauen betreiben soll. Das Komitee soll von den Genossinnen selbst gewählt und dem Parteivorstand unterstellt werden. Die für seine Tätigkeit notwendigen Gelder sollen von der sozialistischen Partei bewilligt werden. Dem Komitee soll das Recht zustehen, auch bei solchen Organisationen mitzuarbeiten, die nicht zur Partei selbst gehören, aber sich zu den Prinzipien des Sozialismus bekennen. Diese Bestimmung wurde offenbar mit Rücksicht darauf angenommen, daß es in den Vereinigten Staaten keine einheitliche sozialdemokratische Partei gibt, sondern daß verschiedene sozialistische Fraktionen einander gegenüberliegen. Angesichts der großen finanziellen Ausgaben, welche die Partei während der bevorstehenden Präsidentenwahl hat, haben die Frauen beschlossen, ihre Forderung materieller Unterstützung bis nach dieser Wahl zurückzustellen. Von einer anderen Versammlung wurde beschlossen, die Forderung des Frauenwahlrechts mit großem Nachdruck zu vertreten. J. B. Aikew.

### Quittung.

Im Monat April gingen bei der Unterzeichneten für den Agitationsfonds der Genossinnen ein: Aikewasser durch Genossin Sporer 26 Mk.; Berlin, I. Kreis, durch Genossin Kaschewsky 18,50 Mk., II. Kreis durch Genossin Döhring 24 Mk., IV. Kreis durch Genossin Engels 25 Mk., V. Kreis durch Genossin Nürnberg 15,85 Mk., VI. Kreis durch Genossin Bulff 100,40 Mk.; Brandenburg a. S. durch Genossin Behrendt 10 Mk.; Düsseldorf von den Genossinnen des Niederrheins durch Genossin Köhler 56,20 Mk.; durch Genossin Agnes 15 Mk.; Dessau durch Genossin Zrenthorst 19,94 Mk.; Eilenburg durch Genossin Röske 9,96 Mk.; Gutskirchen durch Genossin Friehen 0,60 Mk.; Frankfurt a. O. durch Genossin Lange 7,16 Mk.; Frauendorf-Vollinlen durch Genossin Rudolph 15 Mk.; Fellhammer durch Genossin Herzog 39 Mk.; Gaarden-Kiel durch Genossin Andraschke 50 Mk.; Grabow-Stettin durch Genossin Kuschel 15 Mk.; Gelsenkirchen durch Genossin Weis 30 Mk.; Hannover durch Genossin Eichhof 50 Mk.; Hohenmölsen durch Genossin Heinold 10 Mk.; Hohenberg b. Kall 5 Mk.; Harburg a. Elbe durch Genossin Burmester 20,42 Mk.; Kehn a. S. durch Genossin Krumnaw 4,88 Mk.; Kiel durch Genossin Riendorf 20 Mk.; Magdeburg durch Genossin Köppler 25 Mk.; Mühlheim a. Rhein durch Genossin Kus 40 Mk.; Nieder-Barnim durch Genossin Neumann 14 Mk.; Neumünster 27,78 Mk.; Potsdam durch Genossin Kiesel 7,32 Mk.; Schwiebus durch Genossin Schneider 7 Mk.; Stettin Genossinnen 39,50 Mk., durch Genossin Steinmüller 10 Mk.; Teltow-Weeslow durch Genossin Thiel 5,20 Mk.; Birges i. Westerm. durch Genossin Studmeyer 10 Mk.; Wittenberge durch Genossin Gutschmidt 20 Mk. Summa: 793,71 Mk.

In der Januarquittung ist vergessen worden, den folgenden Posten auszuführen: Staßfurt durch Genossin Bethmann 10 Mk.

Dankend quittiert:  
Ottilie Baader, Berlin SW 68, Lindenstr. 3,  
Vertrauensperson der sozialdemokr. Frauen Deutschlands.

## Der Auszug.

Von Emilie Verhaeren. Deutsch von Ludwig Scharf.\*

Mit Sack und Pack, mit Ras und Hund  
Wovon sie leben, tut niemand kund —:  
So ziehen nach Sonnenuntergang  
Die Leute von hier die Straße entlang:  
Den Mund geöffnet zum Windauffaugen  
Zum Regenschluden, zum Nebelrauchen.  
Die Leute von hier haben weniger als nichts.  
Vor ihnen im Dämmer des Abendlichts  
Liegt farblos und still  
Die Straße nur, die nicht enden will.  
Jedweder trägt an einem Stod  
Im blau karierten Schnupftuch-Pack,  
Abwehrend Schulter, Hand und Rock —  
Jedweder trägt bald links, bald rechts  
Im Schnupftuch-Pack  
Seiner Hoffnungen ärmlichen Bettelsack.  
Sie ziehen von hier um die Abendzeit  
Die Straße entlang zur Unendlichkeit.  
Die Herberg dort beim Wald sich findet,  
Wo die fremde kalte Welt beginnt;  
Auf ihren Dielen  
Die Ratten mit den Mäusen spielen.  
Dort an verschimmelter Wälder Flucht  
Von schwammzerfressenen Mauern umstellt,  
Mit zersplittertem Dach, dort am Ende der Welt,  
Steht die Herberg durchschauert von Frost und Wind,  
Mit dem Knochen, den sie im Schildarm hält.  
Die Leute von hier sind furchtsam und bang,  
Sie schlagen ein Kreuz, wenn ein Unglück sie traf,  
Und zittern noch lang.  
Ihr Lebensfeuer ward längst zerrieben:  
Zwei kohlende Späne sind liegen geblieben  
In glutleerer Brust übers Kreuz gelegt.  
Durch den endlosen Abend die Straße einher  
Kommt dämmrig Geläute, ein Klagen des Heer,  
Am Kreuzweg der Wälder rückwärts gefegt.  
So rufen aus stiller Kapelle Madonnen,  
Verflogene Vögel, den Nestern entronnen,  
Den Wandrer nach Haus.  
Die Leute von hier sind furchtsam und bang.  
Denn ihre Marien sind der Kerzen beraubt.  
Und duflos ward ihr Weihrauch lang:  
Einsam in öder Nische Raum  
Um ein bemaltes gypsern Haupt  
Fällt wirbelnd welker Rosen Traum.  
Die Leute von hier, sie fürchten schier  
Den Schatten, der über die Felder geht,  
Das Mondlicht, das auf den Teichen steht,  
Den Vogel, der sich zerschlug an der Tür,  
Sie fürchten die Leute — die Leute von hier.  
Und läppisch sind sie und ungeschickt,  
Langsam der Kopf, ihr Wollen schwach,  
Wenn auch von Starrsinn zäh wie Leder —  
Nicht einer weiß, wo der Schuh ihn drückt:  
In kleinster Münze rechnet jeder  
Mühselig seine Armut nach.  
In Wädrigen Scheunen jahrein jahraus  
Fiel dumpf ihrer Garben Kornstut aus;  
Anwirsch im roten Erdgefurch  
Schnitt glatt ihr Pflug den Kiesel durch;  
Ihre Zähne rissen im Grund sie fest,  
Bis der letzte Tropfen ihm entpreßt . . .  
Mit Sack und Pack, mit Ras und Hund,  
Mit dem Vogel im Käfig, zur Abendstund,  
Mit dem Elend, das sie hinuntergeschlungen,  
Mit der Wut, die sie würgend niedergelungen,  
Das Herz verschimmelt, die Füße verstümmelt —  
So ziehn sie von hier,  
Verlassend Heimat, Herd und Haus,  
In die unbekannte Welt hinaus.  
Die Mütter schleppen am Rocke müd  
Ihren Kindertroß, der bläht und plärrt,  
Herüberfällt und hinüberzerert —  
Indes der Alten Auge sich müht,  
Noch einmal blinzeln hinauschaun  
Nach dem Erdwinkel voll totem Graun,  
Wo der Auszug frist mit der Gier des Nordost,  
Wo der Schwurwurm nagt wie ein Winterfrost.  
Die Burschen der Höfe folgen anjezt  
Mit Armen wie Glockenstränge verwest,

Ohn' jeglichen Stolz, ohne Sehnsucht gar  
Nach dereinstigem Glück, nach der Zeit, die war —  
Ja, ohne auch nur so viel Spannkraft, als not,  
Die Hand zu verkrallen,  
Und als Faust dem Schicksal entgegenzuballen  
Und dem Jorngott Tod.

Die Leute der Felder, die Leute von hier  
Haben Unglück bis ins Unendliche schier.

Ihr Karrenwerk, ihr Fuhrwerk fährt  
Nicht minder hin und her gezerrt  
Und bricht schon früh vom Tage an  
Der alten Straße Holperbahn:

Die einen wie Skelette dürr  
Mit Klirrgehängen im Geschirr,  
Die andern in den Achsen prasseln,  
Wie Kübel, die in Brunnen rasseln,  
Dann andre nabend mit Laternen,  
Urvätergut aus Zeiten fernern —  
Und wieder andre kommen gar  
Wie Vorderseite alter Wracke:  
Hintrollt ihr uralt Räderpaar  
Mit dem Tiertreis auf dem Felgenreund,  
Die ganze Welt in ihrer Baracke.

Die müden Gänse ziehn im Schritt  
Ihr klapprig Beingeheuse mit.  
Der Fuhrmann zappelt ohne Ruh,  
Wie wenn er ein närrisches Mühlrad wär,  
Und schmeißt manchmal ins Ungefähr,  
In die Lüfte hinein,  
Einen müden Stein  
Den eilenden Raben des Schicksals zu.

Die Leute von hier sind Unglücksleute,  
Des Unglücks willenlose Beute.

Ihre Herden, mager, dürr und schlapp  
Von der Weide, die sauer, dem Futter, das knapp,  
Auch sie sind aus dem Land vertrieben  
Von den unaussprechlichen Weisheitsreden  
Des Hungers, der sie aufgerieben.

Die Schafe stolpern müd durchs Gelände,  
Die Kinder brüllen, als ging's an ihr Ende,  
Die Kühe mit aufgedummenen Bäuchen  
Und Gütersäcken gleich Leberschläuchen,  
Die Esel mit dem gekreuzigten Tod  
Auf ihrer Gerippe zerfleischer Not.

So ziehn Gesier und Leute von hier  
Rundum durch die Nacht  
Den Weg, den die Not um die Erde macht —  
Gott weiß, aus welchen Fernen gekommen,  
Durch welche verjährten Geschicke geschwommen,  
Ueber Dorf und Heide, Markt und Stadt,  
Des Friedhofs Gras als Ruhestatt.  
Hingehend, hinrollend, durch Wind und Regen,  
Verkrüppelt auf schwarzen gewundenen Wegen,  
So Winter wie Sommer, zu jeglicher Zeit,  
Immer müd und erschöpft, immer wanderbereit,  
Ohne Rast, ohne Ruh —  
Aus dem Elend wieder dem Elend zu.

Aber dort in der Ferne —  
Unter Himmeln, die trüchtig von Vlihen stehn,  
Mit der Laborstirn,  
Mit den Schländen, die roten Atem verwehn,  
Vleifarben am Tag, von der Nacht erheilt,  
Anziehend, behergend das Volk vom Feld,  
Aus Kalk und Stuck,  
Aus Eisen und Holz,  
Im Marmor schmutz  
Und im Glanze des Golds,  
Vielhundertarmig hingelauert  
— Die Großstadt lauert.

## Der bunte Vogel.

Von Otto Erich Hartleben.

Das letzte Haus auf der Landspitze, das schon ganz in  
der Nähe des Leuchtturms lag, bewohnte ein alter grau-  
bärtiger Seemann, der von den anderen Seeleuten der  
Gegend nicht anders als der weise benannt wurde.

Er hatte sein ganzes Leben stets so klug eingerichtet, daß  
er jetzt, wo er bereits ein schönes Alter erreicht hatte, ein-  
teilis doch noch ein rüstiger und gesunder Mann war und  
andernteils auch ein gutes Stück Geld als Ersparnis hinter  
sich liegen hatte. So konnte er sich seines Alters ruhig erfreuen.

Weib und Kind hatte er nie gehabt; seine liebste Beschäftigung  
und sein eigentliches Glück war immer das Denken gewesen.  
Er sagte sich: entweder ist ein Weib meinem Denken  
förderlich, dann ist es unnötig, sie zu ehelichen, denn was  
ich von ihr gewinnen will, vermag ich auch so mühelos aus  
ihrem Gespräch zu ziehen — oder aber sie ist meinem Denken  
nicht förderlich, dann hieße es eine Torheit, sie zum Weibe  
zu nehmen, denn sie möchte mich leicht von meinen Gedanken  
abbringen und mir mein Glück zerlösen.

Sein Glück war es aber, an schönen Tagen, wenn das  
Meer ruhte, sein Boot zu besteigen und langsam hinaus-

zufahren, ganz allein mit seinen klugen und geliebten Ge-  
danken. Er führte weder Waren an die nächste Küste, noch  
warf er das Netz nach Fischen aus: er sah still am Steuer  
und dachte in einem fort. —

Da geschah es eines Tages, als die Sonne schon tiefer  
am Himmel stand und ihre Lichter auf den Wellen lagen  
wie Goldfitter auf einem dunklen Mastenkleid, daß sich ein  
großer zierlicher Vogel, etwa von der Gestalt eines Reiher's,  
vorn auf das Schiff des weisen Seemanns niederlegte. Dieser  
bemerkte den Schatten, den der Vogel vor ihm auf den  
Boden des Schiffes warf, und sah auf.

Nach einem langen Nachsinnen, währenddessen er den  
Vogel unverwandt betrachtet hatte, sagte der Seemann: „Du  
scheinst mir ein Vogel zu sein, denn du hast zwei Beine und  
zwei Flügel und bist am ganzen Körper mit Federn bedeckt.“

Der Vogel erwiderte: „Deine Gedanken haben dich zu einer  
richtigen Erkenntnis geführt, ich bin allerdings ein Vogel und  
bitte dich, mich gastlich auf deinem Schiffe aufzunehmen.“

Der Seemann wunderte sich, daß der Vogel reden konnte,  
und sprach: „Gern begrüß' ich dich als meinen Gast. Ich  
habe bisher noch keine Gelegenheit gehabt, einen Vogel reden  
zu hören, und vermute daher, daß ein Gespräch mit dir  
meinem Denken wohl förderlich sein möge. Nur mache ich  
dich darauf aufmerksam, daß du als ein Gast meines Schiffes  
dich auch der Ordnung wirst fügen müssen, die auf ihm  
herrscht, und die ich als das Ergebnis meines vielfältigsten,  
Jahre, lange Jahre währenden Nachdenkens hochhalten muß.“

Der Vogel nickte mit dem Kopfe: „Sprich nur,“ sagte er,  
„was gehört zu dieser Ordnung?“

„Zu ihr gehört, daß man sich nicht auf ein Bein stelle  
wie du das tust; denn wollte ich ein Gleiches versuchen, so  
würde ich alsbald in dem schwankenden Boote umfallen oder  
wohl gar über Bord in das Meer hinausstürzen. Da ich es  
aber nicht kann, sollst auch du es nicht tun: denn es sieht  
wie eine Überhebung aus.“

Der Vogel streckte geduldig das zweite Bein hervor und  
setzte es auf den Schiffsrand —: „Weshalb soll ich nicht  
auch einmal auf zwei Beinen stehen?“

Nachdem der Seemann den Vogel wieder eine Zeitlang  
betrachtet und beobachtet hatte, sagte er: „Du hast zwar  
einen weißen Bauch wie viele andere Vögel und wie ihn  
von Natur auch die Menschen meistens besitzen, aber was  
ich bei dir sonderbar finde und keineswegs begreifen kann,  
ist, daß du auf dem Rücken ganz bunt, grün, rot und golden  
gefiedert bist, so daß die Sonne sich ordentlich zu freuen  
scheint, wenn sie auf deinen Flügeldecken blinkt und schillert  
und einen gelben Saum um deine Gestalt zieht. Die  
Menschen, die doch das klügste Geschlecht auf der Erde sind,  
pflegen sich mit einem schwarzen oder grauen oder braunen  
oder sonst einem schwach gefärbten Rocke zu bekleiden, und  
die Vögel sind im allgemeinen wenigstens so gekleidet, es den  
Menschen nachzutun. Wenn du nun dahingegen in einem  
so fremdartig bunten und auffallend scheinigen Aufzug das  
herkommst, so scheinst du mir damit wider die gemeine Ver-  
scheidenheit aller Kreatur gröblich zu verstoßen, und mich  
dünkt, du tätest besser, wenn du solcherlei törichten und hoch-  
mütigen Firtelanz von dir legtest. Bedenke wohl, daß selbst  
der Vogel Strauß, mit dessen Federn doch ein so großer  
und schwungvoller Handel betrieben wird, nur in zwei oder  
drei höchst einfachen Farben umherläuft. Bedenke auch  
ferner, ob es wohl klug und besonnen sei, also durch sein  
Äußeres vor den anderen hervorzustechen und bald den Neid  
bald den Spott, immer aber eine besondere Aufmerksamkeit  
auf sich zu lenken!“ —

Der Vogel riß den langen spitzen Schnabel weit auf —  
aber ohne ein Wort zu sagen, knappte er ihn wieder zu.  
Seine kleinen grauen Augen leuchteten wie vor innerem Ver-  
gnügen, er legte den Kopf etwas auf die Seite und bingelte  
den alten Seemann freundlich an.

Dieser fuhr fort: „Und ganz besonders verdreht erscheinen  
mir nun noch diese beiden langen, dünnen, gewundenen  
Federn, die auf deinem Kopfe hin und her schwanken, als  
wollten sie alles, was feststeht, verhöhnen! Diese wirst du  
dir jetzt zuallererst einmal schnellig abschneiden lassen.“

„Meinst du,“ fragte der Vogel, „und was müßte ich  
dann wohl tun?“

„Das will ich dir sagen. Ich habe hier einen guten und  
nützlichen Teer, mit dem ich die Bretter meines Schiffes  
überziehe, damit sie nicht faulen. Mit dem will ich deine  
Flügel bestreichen und so ihre leuchtenden Farben aus-  
löschen. Du hast dann die Farbe des Raben — so magst  
du mir dann als Gast auf meinem Schiffe bleiben, denn noch  
manches hätte ich mit dir zu bereden.“

Da sprach der Vogel: „Habe Dank für deinen guten  
Willen und klugen Rat. Ich bin ein höflicher und friedlicher  
Vogel und würde mich gewiß gern der Ordnung fügen, die  
hier auf deinem Schiffe und in deinem nachdenklichen Kopfe  
herrscht — wenn ich es nötig hätte und darauf angewiesen  
wäre. Doch bedarf ich deiner Gastfreundschaft länger nicht  
mehr. Schon dieweil wir uns so klug miteinander besprochen  
— hab' ich genug geirret, und zu neuem Fluge sind meine  
Kräfte gesammelt. Leb' wohl.“

Und mit einem übermütigen Krählaut dehnte der bunte  
Vogel seine langen schimmernden Flügel aus, schwang sich  
auf und flog in den blauen Abendhimmel hinaus. —

Der Seemann war ganz verdutzt. Er wollte dem Vogel  
nachschauen, aber er vermochte es nicht: die Sonne blendete  
seine Augen. — Da legte er den Finger an seine Nase, und  
nachdem er heftig nachgedacht hatte, sprach er zu sich: „Wahr-  
scheinlich, wie leichtfertig diese Vögel sind. — Ich denke mir  
aber: es wird das davon kommen, daß sie fliegen können.“

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Clara Jettin (Bundel), Wollschloß  
Post Egerloch bei Stuttgart.  
Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.

\* Das erste Heft der Kunstschrift „Hyperion“, die im  
Verlag v. v. Weber-München von Franz Blei und Karl Bernheim  
herausgegeben wird, enthält dieses stark empfundene, großartig  
schillernde Gedicht des Belgiers Verhaeren. Ludwig Scharf hat es  
mit seltener Keuzerhaft verdeutscht. Mit gütiger Erlaubnis der  
Redaktion bringen wir es zum Abdruck.